

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Fein“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die erste voll. Millimeterzeile 10 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschonk: Berlin SW 556. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 ...

Gefahrensignal für Stalin.

Sturm auf Lebensmittelläden in russischen Städten.

Kowno, 30. März. (TU.)

Im Zusammenhang mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise kam es in Leningrad zu Tumulten vor zahlreichen Geschäften, die zum Teil von der Arbeiterbevölkerung geplündert wurden.

Die CPW. hat im Zusammenhang mit der Planung von Zucker- und Buttergeschäften in Moskau und Leningrad etwa 150 Verhaftungen vorgenommen.

Diese Meldung, die von erster Härung im russischen Proletariat zeugt, kommt nicht überraschend. Die Leutenungsquelle, die sich als Folge des Fortschreitens der Inflation über Russland wälzt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gewaltig herab.

zusätzliche Belastung, die ihnen sowohl die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung und Erwerbserlaubnis in jedem beliebigen Land erschweren als auch ihre Freizügigkeit beschränkt.

Der grausame Terror der Diktatur, die sozialdemokratische Parteimitglieder unerhörten Qualen in Gefängnis und Deportationsorten unterwirft und den anderen Teil zur Verbannung ins Ausland verurteilt, konnte die Partei nicht zwingen, ihre sozialistisch-proletarische Einstellung preiszugeben.

Die Auslandsvertretung der SDAP. brandmarkt den Versuch, die russischen Sozialdemokraten des Bürgerrechts zu berauben, als einen

akt wilder Barbarei und Willkür, der in unseren Tagen ein Analogon gerade noch findet in den Taten des jüngsten Faschismus.

Kein Beschluß des Präsidiums des Zentralkomitees beraubt die russischen Sozialdemokraten, keiner kann sie berauben des unzerrenlichen Zusammenhanges mit dem revolutionären Lande, zu dessen Befreiung aus den Fesseln des Parionismus sie in jahrzehntelanger Arbeit begehrt haben.

Ebenso wenig können irgendwelche Moskauer Beschlüsse die russische Sozialdemokratie zwingen, den Weg des Kampfes um die Organisierung der russischen Arbeiterklasse und um die demokratische Liquidierung der Diktatur zu verlassen.

der neue Akt der durch nichts gezügeln Willkür veranlassen, mit noch größerer Beharrlichkeit die Arbeiterklasse auf die immer mehr wachsende Gefahr hinzuweisen, die der Terror der von ihrer Allmacht beraubten Diktatoren für das Schicksal der Revolution bedeutet.

mit noch größerer Energie die Arbeiterklasse zur Beschreitung der von der Sozialdemokratie gewiesenen Wege zu ermahnen - in der festen Überzeugung, daß ein Proletariat, das sich die Freiheit der Organisation und der Selbstbetätigung erkämpft haben wird, den russischen Sozialdemokraten mit der Freiheit der Parteiarbeit auch die formalen Rechte wiedergeben wird, die man ihnen jetzt zu rauben versucht.

Danzig unterm Hafenkreuz Ein Probierland des Faschismus.

Während im Reich die Entscheidungsschlacht zwischen dem Faschismus und den Verteidigern der Volkswirtschaft sich dem klärenden Stadium nähert, ist es nicht unwichtig, die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit auf ein selbständiges Staatswesen außerhalb der Reichsgrenzen zu richten, in dem die Nationalsozialisten länger als Jahresfrist eine ebenso entscheidende wie unheilvolle Rolle spielen.

Die kurz nach den Reichstagswahlen durchgeführten Wahlen zum Danziger Volkstag hatten (wenn auch nicht in gleicher Stärke wie im Reich) ein Anwachsen der Nationalsozialisten zur Folge. Die aus den sogenannten Weimarer Parteien bestehende Regierungskoalition verlor die Mehrheit und mußte einer nationalsozialistischen, von Deutschnationalen geführten Regierung weichen.

Seit dem Wahlsieg der Nazis kommt das von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffene Danzig wieder innen, noch außenpolitisch zur Ruhe. Das Verhältnis zu dem Nachbarstaat Polen, der das natürliche wirtschaftliche Hinterland des Danziger Hafens bildet, ist mit unerträglichen Spannungen geladen.

Innenpolitisch sehen die gelehrtigen Schüler des Parteibuchbeamten Hitler ihre Aufgabe darin, die Verwaltung mit ihren Anhängern zu besetzen. Parteibuch ist Trumpf! Ohne Rücksicht auf die schlechten Staatsfinanzen und die Begegnetheit der Bewerber werden Beamtenstellungen für Nationalsozialisten gesondert. Ein unheimliches Spickelstum breitet sich in den Behörden aus, das jeden Beamten beschnüffelt, der nicht der „Zelle“ angehört.

Das System der Unterdrückung und Gefinnungsschnüffelei in der Danziger Verwaltung richtet sich mit besonderer Härte gegen die freigewerkschaftlichen Beamten und Angestellten. Die den Danziger Beamten entsprechend dem Vorbild der Reichsverfassung gewährleistete Koalitions- und Gefinnungsfreiheit ist praktisch außer Kraft gesetzt. Neben vielen anderen Fällen ist das folgende Beispiel typisch: Die freigewerkschaftliche Organisation der Danziger Polizeibeamten faßte in einer Mitgliederversammlung eine Entschliessung, die sich gegen die Abschaffung des hart erkämpften 8-Stunden-Dienstes richtete.

Sozialisten im Exil.

Russische Sozialdemokraten protestieren gegen ihre Ausbürgerung.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands erläßt folgende Erklärung:

Das Zentralkomitee der Sowjetunion hat mit Beschluß vom 20. Februar 1932 37 namentlich aufgeführten politischen Emigranten das Sowjetbürgerrecht entzogen. Die Maßregel trifft neben Frantschko ausschließlich Sozialdemokraten, u. a.: Raphael Abramowitz, Theodor und Lydia Dan, Gregor Blentz, Olga Romanowskaja, A. Eisenstadt-Audin, Peter Garwin, A. Jugow, A. Rifolajewski, Alexander Schitrin, Salomon Schwarz.

Der Sowjetpöbel war für diese Genossen, die im Ausland zu leben gezwungen sind, nicht nur kein Privileg, sondern eine

Hugenberg abgeblitzt.

Abfagen von allen Seiten. - Kein Geschäft zu machen.

Der Versuch Hugenbergs, mit den Parteien rechts vom Zentrum ein Geschäft für die Preußenwahlen zu machen, ist schon im Anfang mißlungen. Es hagelt Abfagen von allen Seiten.

Besonders gereizt antwortet ihm die Deutsche Volkspartei. In ihrem Abgabebrief heißt es:

„Wenn Abgeordneter Hugenberg den „Beruf und die Hoffnung“ in sich fähig, die „bürgerliche Welt zu sammeln“, so lassen seine Vorschläge keinen Raum von ernsthaftem bürgerlichen Sammlungswillen verspüren. Wenn Abgeordneter Hugenberg meint, die „Schwankend zu ihm Kommenden“ sollen in seiner Partei „eingeschmolzen“ werden und die mit anderen bürgerlichen Stimmen gewählten Abgeordneten als Hospitanten in die deutschnationale Landtagsfraktion eintreten sollen, so spricht das nicht von bürgerlicher Sammlungsbereitschaft, sondern von reiner Parteipolitik, zugeschnitten auf die durch volksparteiliche Seßförmigkeit in Bestehen-Süß geschaffenen Verhältnisse. Wollte Herr Hugenberg als Sammlungspolitiker ernst genommen werden, würde er eine weniger parteiegoistische Offerte haben machen müssen. Ueber den Verbleib der volksparteilichen Stimmen braucht sich der deutschnationale Parteiführer keine Sorge zu machen. Die Stimmen der volksparteilichen Wähler werden auf ihre Wahlkreislisten und bei den Landeswahlvorständen voll zur Geltung kommen. Hier besteht nicht die geringste Gefahr der Zersplitterung, zumal Herr Hugenberg selber mit dem

Verlust der Hälfte der deutschnationalen Mandate rechnen muß, also kaum in der Lage sein dürfte, anderen Parteien Sicherheit zu versprechen.“

Der Landvolkführer Dr. Gerete erklärt öffentlich, daß es vollkommen unmöglich sei, auf diesen verkehrenden Brief einzugehen.

Der zweite Reichsführer des Christlichsozialen Volksdienstes Hüfner glaubt, daß es sich bei dem Vorschlag Hugenbergs um ein parteltaktisches Manöver handle, zumal dort Bedingungen gestellt würden, die für Parteien, die sich nicht schon zu 99 Prozent aufgegeben hätten, unannehmbar seien. Es handle sich um einen wohlüberlegten Stoß, um in den Reihen der Mittelgruppen, die sich gerade zu formieren im Begriff seien, Verwirrung und Unsicherheit hervorzurufen und die Wähler dieser Parteien dann auf seine Seite zu ziehen. Der Reichsführer des Christlichsozialen Volksdienstes, die am Dienstag in Berlin getagt habe, habe der Brief Hugenbergs noch nicht vorgelesen. Er würde aber sicher an den Beschluß der Reichsleitung nichts geändert haben, wonach der Volksdienst allein und ohne jede Bindungen an andere Parteien in den preussischen Wahlkampf eintritt.

Es gelingt Hugenberg nichts mehr! Der Versuch, die eigene Seite mit den Stimmen anderer Gruppen zu verdecken, ist gründlich gescheitert.

behörden, sondern in ebenso hohem Maße vor den Gerichten. Während die erst nach dem unerträglichen faschistischen Terror gebildete Schutzorganisation der Arbeiterschaft verboten wurde, machen die gelben Horden der Nazis nach wie vor die Gassen Danzigs unsicher. Mehrere Morde und unzählige Ueberfälle gehen auf ihr Schuldkonto, aber trotzdem sind sie in fast allen Fällen vor Strafe sicher. „Danzig hat keinen Rechtsboden, man spricht gegen eine Wand!“ Das ist der Ausspruch eines bürgerlichen Juristen, der über die Rechtsauffassung der Danziger Justizbehörden sein Urteil fällt. „Schlimmer als unter dem Sozialistengesetz“ — mit diesem Wort eines anderen Juristen sind die Zustände in Danzig, wo die sozialistische Presse geteilt und ihre Redakteure mit hohen Gefängnisstrafen belegt werden, treffend gekennzeichnet.

Die alte Hansestadt Danzig ist den Nazis ausgeliefert und hat in kurzer Frist ihren außen- wie innenpolitischen Kredit verloren. In ihren Mauern macht sich die finstere Reaktion breit. Die Blüte Danzigs ruhten sich besonders in diesen Tagen nach dem deutschen Mutterlande, wo der Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ausgefochten wird. Die Sieg der deutschen Demokratie bringt auch der freien Stadt Danzig die Erlösung vom Hakenkreuz.

Duesterberg über Hitlers Forderungen.

Die Harzburger wollten sich dem Nazidiktat beugen. — Stahlhelm hat genug von der Logespolitik.

Auf einer mitteldeutschen Führerversammlung des Stahlhelms mußte sich der durchgefallene Präsidentschaftskandidat Duesterberg nach Kräften ab, planmäßige Gründe für seinen Rückfall zu finden.

Die Nazis hätten bei den Verhandlungen, so führte Duesterberg aus, über eine Einheitskandidatur der Harzburger Front nicht nur den Posten des Reichspräsidenten, des Kanzlers und Außenministers, sondern auch das Wehrministerium für sich gesichert. Zu allem hätte man ja gesagt, nur die Wehrmacht habe man nicht politisieren lassen wollen, weshalb er, Duesterberg, schweren Herzens die Kandidatur übernommen habe. Da die Stahlhelm-Bundesleitung den Ausgang des zweiten Wahlganges als feststehend ansehe, gebe sie die Abklimmung frei. Nach den Preußenwahlen wolle sich der Stahlhelm wieder ganz aus der Tagespolitik zurückziehen.

Koste schreitet ein.

Gegen die Durchbrechung des Osterfriedens durch die Nazis.

Hannover, 30. März. (Eigenbericht.) Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Die durch die Verletzung des Herrn Reichspräsidenten getroffene Maßnahme zur Sicherung des Osterfriedens wird von nationalsozialistischer Seite dadurch durchbrochen, daß diese zur politischen Propaganda für diese Zwecke in erhöhter Auflage hergestellte Zeitungen durch ihre Anhänger in Häusern verbreiten läßt. Der Oberpräsident hat die Polizeiverwaltung angewiesen, die Verbreitung zu unterbinden. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Propaganda bis zum 3. April nicht nur durch die Polizei verhindert wird, sondern daß sich der bei ihr Betroffene nach der Rotverordnung vom 17. März 1933 auch strafbar macht.

Wozu Hitlers Privatarmee da ist.

Ein bankrotter Dittler-Freund rückt aus.

Löbau, 30. März. (Eigenbericht.) In Mittelh bei Kamenz, einem stillen Bauerndörfchen der Wendel, gab sich seit einiger Zeit der Gutspächter J. Schweigert die redlichste Mühe, sich eine zweifelhafte Verwandschaft zu verschaffen. Wiederholt machte er sich durch Gemeinheitsigkeiten bemerkbar, in Kamenz war er wegen seines struppeligen Verhaltens eine stadtbekannt Persönlichkeit. Bei der anstrengenden Arbeit, Ruhe und Ordnung in Kamenz nach Kräften zu führen, blieb dem Nazimann natürlich keine Zeit für seine Arbeiten als Landwirt. Die Wirtschaft des Gutes ging den Krebsgang, das Sicherungsverfahren blieb als letzter Ausweg übrig. Und die Hoffnung auf das Dritte Reich.

Doch die Hoffnung auf das Dritte Reich wurde am 13. März zerfallen. Schweigert mußte auf gerichtlichen Beschluß das Gut räumen. Wie dieser Nazi-Schweigert auszog, ist ein Musterbeispiel nazistischer Willkür und Rohheit.

Vom Gericht war ausdrücklich angeordnet worden, daß er das Vieh nicht mitnehmen dürfe. Trotzdem wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war, sorgfältig gepackt. Am Freitag, dem 18. März, wurde Schweigert vom Gerichtsurteil verständigt. Schon einige Stunden später waren etwa 40 bis 50 SA-Leute auf dem Gute, die beim Auszug behilflich sein sollten.

Ueber dem Gutshof war gewissermaßen der Belagerungsstand verhängt. Sämtliche Zugänge wurden von Nazis besetzt. Niemand durfte in die Nähe des Hofes kommen. Sofort wurde ihm bedeutet, abzurücken, wenn er nicht etwas in die Schwanze haben wolle.

Die Braunjungen gertien das Vieh aus den Ställen, fingen unter großem Getöse die Hühner und drohten ihnen die Köpfe ab. Ein Teil des Viehes wurde auf Lastautos verladen und weggeführt. Bei den Fahrzeugen wurden die Nummernschilder verhängt, damit ihre Herkunft nicht festzustellen war. Der Rest des Viehes wurde von den Nazis weggetrieben, darunter auch eine Kuh, die zwei Stunden vorher gefalbt hatte.

Sämtliches Getreide und sämtliche Futtermittel wurden mitgeschleppt, nicht ein Halmchen blieb zurück. Der Nazi-Landtagsabgeordnete und Landwirt Krahl aus Kamenz hatte das Vieh für 4500 Mark gekauft, in dem Glauben, daß das Vieh Schweigert gehöre. Krahl konnte nur mit Mühe sein Geld retten, nachdem er über die Eigentumsverhältnisse aufgeklärt worden war. Sieben Stück Vieh waren schon bis Königsbrunn getrieben worden, die größere Menge wurde in Kamenz von der Polizei angehalten und sichergestellt. Das Vieh in Königsbrunn war bei einem Nazi-Führer untergebracht, der 450 Mark Futtermittel verlangte vor der Herausgabe des Viehes. Auch hier mußte Krahl eingreifen, um einen großen Schaden zu verhindern. Am anderen Tage wurde das Vieh wieder nach Mittelh zurückgebracht.

Gegen die Nazi-Propaganda. Die folgenden nationalsozialistischen Blätter sind auf fünf Tage verboten worden: „Frankfurter Volksblatt“, „Rastauer Volksblatt“, „Neue Kreiszeitung in Liebenwerda“, „Rothschiffische Tageszeitung“.

Filippo Turati und Matteotti.

Der Schwur des alten Führers am Grab des jungen Kämpfers.

Turati verdankt es einem Zufall, daß er seinen wesentlich jüngeren Freund Matteotti um nahezu acht Jahre überlebt hat. Der Mord, der an diesem verübt wurde, wäre an jenem verübt worden, wenn nicht ein Zwischenfall Turati gehindert hätte, den Stempel in öffentlicher Kammerung aufzulegen, den Matteotti auflegen wollte, bevor ihn der Mord daran hinderte.

Mit der Korruption werde der Faschismus aufgeräumt, habe er schon gründlich ausgedrückt. Das konnte man in allen faschistischen Blättern bis zum Ueberdruß oft lesen, und der Duce selbst brachte, die schwersten Strafen für Verbrechen des Amtmißbrauchs zugunsten persönlicher Vorteile einzuführen.

Da begann man im Mai 1925 über eine Affäre des Innenministers Da Finzi zu sprechen. Der Mann hatte unheimliche Summen verschwendet, Millionenbeträge, aber die er wieder dank Ministergehalt, noch dank seiner eben erfolgten Heirat, noch auf Grund privaten Vermögens verfügte. Man hatte ihn öfter

in Spielfällen der Bodeorte

gesehen, und phantasiereiche Leute redeten von einem ganz ausgeklügelten System, dem er Millionengewinne verdiente. Das Gerücht von dem System und den Gewinnen stimmte nicht, oder Tatsache blieb, daß Da Finzi den italienischen Spielfällen, diese dem Minister viel zu danken hatten. Die faschistischen Innenminister waren für die Duldung von öffentlichen Kasinos, in denen Hazardspiele zugelassen werden, nicht zu haben. Zuerst zeigte auch Da Finzi keine Neigung, die bestehenden Verbote durch Konzessionen zu durchbrechen. Innerhalb eines Jahres war er anderer Meinung geworden. Das Gehalt für die Amtsführung haben die Pächter und Besitzer bezahlt. Turati sprach von zwei Millionen Lire. Als das geschah, existierten noch sozialistische und demokratische Zeitungen. Verlautbaren durften sie darüber nichts: Bequeme Zustände, um weiter Korruption zu „bekämpfen“.

Da Finzi ließ in Deutschland ungehörte

Waggonladungen von Glas und Papier

ankommen und sie in Italien lagern. Das ging damals fast zollfrei zu machen. Hinterher hat er seinen Einfluß auf, um Mussolini für schwere Protektionspolitik zu gewinnen. Einfuhr von Glas und Papier wurde mit hohen Zöllen belegt, und nun verkaufte Da Finzi — natürlich durch Strohmänner — zu Preisen, die unter der Wirkung des Schutzzolls stark gestiegen waren.

Auch darüber drangen Mitteilungen in die Öffentlichkeit. Farinacci, damals noch Günstling des Duce und oberster Rat im faschistischen Direktorium, wollte Da Finzi, seinen Anwalt, stürzen. Mussolini war nicht zu haben, und die Großindustriellen suchten den Minister mit allen Mitteln zu halten. Er hatte zuletzt noch mit einem Glanzstück seine besondere Eignung zum faschistischen Minister bewiesen. Bereits im Frühjahr 1924 begann die Arbeitslosigkeit der italienischen Wirtschaft zuzunehmen. Mussolini prahlte, daß es so etwas im Faschistenstaat kaum gäbe und bald gar nicht mehr geben werde. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ging ihm deshalb sehr auf die Nerven, den Industriellen, weil sie — damals — nach einer verhältnismäßig hohen Quote für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hatten. Der pfiffige Da Finzi suchte Abhilfe. Als arbeitslos sollte nur derjenige gelten und behördlich anerkannt werden, wer „definitiv“ arbeitslos war. Nun

wurde es zur Regel, die betroffenen Arbeiter nur „vorläufig“ freizugeben, ob sie definitiv arbeitslos waren, blieb späterer Entscheidung der Geschäftsleiter vorbehalten. Diese erfolgte in den meisten Fällen aber erst nach einem Monat, zu einer Zeit, da die Arbeitslosenunterstützung nach faschistischem Gesetz abgelaufen war.

Der Arbeitslose also weder Anspruch auf Unterstützung erheben konnte, noch statisch als Arbeitsloser gezählt wurde.

Mit diesem Trick Da Finzi operiert die italienische Schwerindustrie und die amtliche Statistik noch heute. Ihre letzte veröffentlichte Angabe — 985 000 Arbeitslose — dürfte um gut eine halbe Million hinter der wahren Ziffer zurückbleiben.

Am 1. Juni 1924 beschloß die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei eine Interpellation in Sachen Da Finzi. Diese Fälle schwerster Korruption wollte sie zur Sprache bringen. Turati war als Sprecher auserwählt. Wie kein anderer war er dazu befähigt, korruptivische Zusammenhänge, die in der Vertiefung von Wirtschaft und Politik des Faschismus liegen, vorzutragen. An Temperament und Rednergabe gleich er — damals auch schon ein bald Siebzehnjähriger — unserem Bebel. Zwei Tage später ereilt ihn eine Trauernachricht. Sein Bruder war in Paris gestorben. Er mußte schleunigst abfahren. Familiäre Angelegenheiten hielten ihn länger auf, als er wollte. So konnte er zur Kammerung, in der die Interpellation über Da Finzi anberaunt war, nicht mehr zurück sein. Der unglückliche Matteotti wurde damit stat seiner beauftragt.

Einen Tag, bevor er diese Interpellation anbringen konnte, wurde er ermordet.

Die faschistischen Wortführer wußten, was der sozialdemokratische Vertreter enthüllen würde: Das zu sagen, wollten sie ihn hindern. Zweifellos wäre damals Turati den faschistischen Bravos ebenso zum Opfer gefallen, wenn er die Anklage gegen Da Finzi, gegen die Korruption der faschistischen Praxis gehalten hätte.

Unjagbar hat Turati unter dem Verwahrlosten gelitten.

durch Zuweisung einer politischen Ehrenpflicht den Tod Matteottis verursacht zu haben. Er hielt dem Ermordeten die Grabrede, eine der herrlichsten Gedenkreiden, die jemals gehalten wurden. Im Grabe Matteottis hat Turati einen Schwur geleistet: „Mich mahnt die Asche des dahingegangenen Freundes, bis an mein Lebensende der Todfeind des Faschismus und des dreimal verkehrten Systems zu sein, über das er seinen Schutz, selbst seinen Märtyrerschutze, gebreitet hat, das System des Kapitalismus.“

In Paris, in der freiwilligen Verbannung, ist er dieser Todfeind geblieben. Dr. Bruno Altmann.

Das Beileid der deutschen Sozialdemokratie.

In die Zeitung der Italienischen Sozialistischen Partei ist am Mittwoch folgendes Telegramm abgegangen:

In Filippo Turati betrauert die deutsche Sozialdemokratie mit euch einen der größten, mutigsten und charaktervollsten Kämpfer des internationalen Sozialismus. Sein Tod, fern von der geliebten Heimat und von seinem Volke, wird uns Ansporn sein, im Dienste der Freiheit die reaktionären Gewalten des Faschismus vernichtend zu schlagen. ges. Otto Wels.

Moritz Jarnow verurteilt.

Drei Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Genossen Ruttner.

Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Herausgeber des Schwabenschen „Befreiungs Justiz“ Moritz Jarnow wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Ruttner zu drei Monaten Gefängnis. Jarnow hat in einem Artikel behauptet, daß Ruttner in einer Unterlassungsklage gegen ihn, die am 30. Januar d. J. vor dem Kammergericht verhandelt worden war, bereit gewesen sei, einen Meineid zu leisten.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß die Tendenz des Artikels die Reizung zeige, einen politischen Gegner (schwer zu beschimpfen. Aus diesem Grunde könne dem Angeklagten der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zugestimmt werden.

Eine interessante Liste.

Die Nazikandidaten für die Preußenwahl.

„Nachdem der Führer der Partei, Adolf Hitler, die Listen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für den Preussischen Landtag in der von dem Chef des Personalamtes, Hauptmann a. D. Soepfer, M. d. R., und mir vorgelegten Reihenfolge genehmigt hat, gehe ich hierdurch als presselieferer Bahlsleiter der Partei die Spitzenkandidaturen für den preussischen Wahlkampf bekannt. In der Reihenfolge der Kandidaturen wird nichts mehr geändert. Die Kandidaturen gelten hiermit als parteiamtlich.“

Berlin, den ... Wilhelm Kube, M. d. R., Bahlsleiter der NSDAP für Preußen.“

Unter dieser wilhelminisch anmutenden Prämisse verkündet die „Nationalpost“ die Kandidatenlisten der Nazis für die Preußenwahlen. Vor der Reichspräsidentenwahl vom 13. März blieb es an allen Vorkandidaten: „Hitler wird Reichspräsident.“ Er ist es nicht geworden. Er hat nicht einmal die 13 Millionen Stimmen erreicht, die er am Vorabend der Wahl als sicher vorausgesetzt hatte. Das Mundwerk der Nazis ist durch die Niederlage nicht kleiner geworden: Die „Nationalpost“ schreibt über die Nazilisten in Valkenburg: „Die Männer des kommenden Preußen.“ Ebenjenseits wie Herr Hitler jemals Reichspräsident wird, ebensowenig sollen diese Leute jemals Preußen regieren! Dafür wird die Arbeiterschaft sorgen.

Die aufgestellten Listen aber bieten allerlei Interessantes. Sie weisen rund 160 Namen auf. Nach den Berufsbezeichnungen kann man nicht weniger als 24 aktive Beamte feststellen, darunter einen Landgerichtsrat und Richter der Republik und zwei Pastoren. Hinzu kommen 14 pensionierte Beamte, von denen 10 dem früheren Offizierskorps angehören und von der Republik ihre hohen Pensionen beziehen. Beinahe 23 Proz. der Nazilistenpartei auf ein Landtagsmandat kommen als aus der aktiven oder pensionierten Beamtenenschaft. Unter den früheren Offizieren findet man u. a. neben General Stymann den wegen Wortes zum Tode verurteilten und von der Republik be-

gnadigten Oberleutnant a. D. Schulz. Besonders groß ist die Zahl der Handwirte. Vom Rittergutsbesitzer bis zum Bauern findet man nicht weniger als 38, das sind wiederum beinahe 35 Proz. 21 Kandidaten, d. h. rund 17 Proz., sind Handwerksmeister oder mittelständlerische Kaufleute, 14mal findet man bürgerliche freie Berufe verzeichnet, neunmal ausgesprochene „Bonzen“, hinzu kommt ein Fabrikant, einer, der als Beruf nichts als Betriebsrat angibt, und als Kuriosität einen Wägen ohne Beruf. Als Spitzenkandidaten in Magdeburg Dittler von Leiden in Bienenau. Wo aber bleiben in dieser Arbeiterpartei die Arbeiter? O ja, man findet von ihnen nach den Berufsbezeichnungen nicht weniger als zwanzig. Und an welchen Stellen sind sie nominiert? Zwei stehen sogar an zweiter Stelle, die übrigen viel, viel tiefer, meist ganz am Schluß. Da findet man in Magdeburg als die beiden letzten einen Schlosser und einen Arbeiter, in Weitzschen-Nord, wiederum als letzte, einen Schlosser namens Jergang (Name ist Vorbedeutung!) und noch einen Schlosser. Die besseren Herren kommen vorher! Eine seltsame Arbeiterpartei, in der Tat.

Eine Kandidatur aber verdient besonders Erwähnung. Unter Nummer 2 für Berlin und Potsdam II steht zu lesen: „Prof. Wolf Heildorf, Landwirt in Berlin.“ Man weiß, wer Heildorf ist. Er war im Krieg Offizier, wurde 1925 nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter in Preußen, nachdem er sich 1920 beim Kapp-Putsch die reaktionären Sporen verdient hatte, und tat sich am 12. September 1931 vom Kraftwagen aus als Oberhäuptling der hakenkreuzerlichen Pogromisten am Kurfürstendamm hervor. Als bezahlter Berliner Führer steht er seit einigen Jahren im Dienste der Hitlerischen SA, so daß er als Berufsbezeichnung eigentlich „Truppenführer einer Privatarmee“ angeben müßte. Wie ist es mit der Landwirtschaft des Grafen Heildorf? Beschränkt sie sich auf die Jagdgründe im Berliner Westen, in denen er durch seine Treiber harmlose Staatsbürger verprügeln läßt? O nein, im Handbuch für den Preussischen Landtag steht stolz: „Seit 1921 Fideikommissar auf Wolmirstedt (Anstrutal).“ Fideikommiss gibt es nicht mehr. Was aber ist mit Wolmirstedt. Ist es etwa, wie unwidersprochen behauptet wurde, in Grund und Boden gemittelt worden und unter den Hammer gekommen?

Die „Landwirtschaft“ des Herrn Heildorf liegt in der Hedemannstraße.

Sanierungspläne für Oberschlesien.

Das Reich soll neue Verhandlungen führen.

Nach mehrstündiger Verhandlung wurde im Haushaltsausschuß des Reichstags die sozialdemokratische Entschließung angenommen, die folgendes besagt:

Der 3. Ausschuß (Reichshaushalt) sieht die Möglichkeit einer Sanierung der ober-schlesischen Wirtschaft nur in einer engeren Verbindung zwischen Kohle und Eisen. Er sieht in dem vorliegenden Voranschlag der Reichsregierung keine ausreichende und dauernde Sanierung. Er fordert deshalb die Reichsregierung auf, neue Verhandlungen auf der oben bezeichneten Basis zu führen.

Sozialismus und Lehrerschaft.

Hauptauschüßtagung der AGL

Am dritten Osterfeiertag versammelten sich die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands (AGL) in der Bundesschule des ADBB, in Barnau zu ihrer diesjährigen Hauptauschüßtagung. Die Tagung ist aus allen Teilen des Reiches und vor allem aus Preußen gut besucht, ein Beweis von dem erfreulichen Fortschritt, der auch in diesem Zweig der sozialistischen Bewegung festzustellen ist.

Mit besonderer Herzlichkeit wurde der Vertreter Braunschweigs begrüßt, der von den schweren Kämpfen, die die Parteigenossen auch auf schulischem Gebiet in Magdeburg zu führen haben, berichtet, aber ebenso den unerschütterlichen Kampfeswillen und die Siegeszuversicht der Partei zum Ausdruck brachte. Zahlreiche Gastdelegationen von befreundeten sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen wie von Behörden zeigen, wie stark die Arbeit der AGL in der Arbeiterbewegung wie in der Öffentlichkeit geschätzt wird.

Die Beratungen der Tagung, die in den großartigen Räumen der Bundesschule ein würdiges, gerade die Lehrer äußerst anregendes Heim fand, begann am Mittwoch früh mit einem Referat des Parteivorsitzenden Genossen Crispian über „Die Stellung der sozialdemokratischen Lehrer als Funktionäre der Partei“. Man kann, so führte Crispian aus, die Funktion auch des sozialdemokratischen Lehrers nur verstehen als eine gesellschaftliche Funktion. Der Lehrer ist als Beamter des Staates, von dem er den Auftrag erhält, eingeschrieben in die geschichtliche Entwicklung des Staates und der Gesellschaft. Infolgedessen kann sich der Lehrer als Beauftragter eines kapitalistischen Staates nicht freimachen von der inhaltlichen unterrichtlichen Dienstleistung für die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft, es sei denn, daß er um diese Freiheit kämpft im politisch-gesellschaftlichen Kampf überhaupt. Damit aber nimmt er Partei zu den großen politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzungen, eine Stellungnahme, die auf die Dauer gar nicht zu vermeiden ist und keineswegs eine Politisierung der Schule bedeutet.

Aus der Unentschiedenheit der bürgerlichen Mittelschichten wie aus der Teilnahmslosigkeit weiter Bekehrter zu politisch-weltanschaulichen Fragen erklärt sich auch zu einem Teil das Verhalten des deutschen Kleinbürgertums und das Anwachsen des Faschismus. Hier gilt es, in starker Front vorzutreten und Kulturarbeit zu leisten. Die sozialistische Gesellschaft ist nur möglich, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: die Wirtschaft muß hierzu reif sein und ebenso muß der Mensch hierzu reif sein! Die Wirtschaft ist schon reif, aber die kulturelle Entwicklung des Menschen hat nicht Schritt gehalten mit der wirtschaftlichen. Zwar hat die Arbeiterbewegung von Anfang an der Bildungsarbeit größte Aufmerksamkeit zugewandt, aber nicht immer hat mit der erforderlichen Stärke diese Seite sozialistischer Aufbauarbeit gepflegt werden können. Es ist besondere Aufgabe der sozialdemokratischen Lehrer, sich als Oberer der Partei dieser schwierigen, aber notwendigen und dankenswerten Arbeit vornehmlich zu widmen.

In der regen Diskussion wurden die grundsätzlichen Ausführungen nach der praktischen Seite erweitert und besonders unterstrichen, daß die AGL keine Ständes- oder Berufsorganisation ist und keinen wirtschaftlichen oder beruflichen Sonderinteressen zu dienen hat. Vielmehr ist es einzige Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit allen Partei- und Gewerkschaftseinrichtungen die kulturelle Voraussetzung zur sozialistischen Gesellschaft zu erfüllen.

Die Nachmittagsstagung brachte die Referate von Genossen Wegscheid über „Preußenwahlen und Kulturfragen“ und von Genossen Bismarck über „Die kulturpolitische Situation“ mit lebhafter Diskussion besonders zu den bevorstehenden Wahlen.

Schlechte Steuereingänge.

Weiterer Einnahmerückgang im Februar.

Die Einnahmen des Reiches an Besitz- und Verkehrssteuern betragen im Monat Februar 356,3 Millionen Mark, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 192,8 Millionen Mark, zusammen also 549,1 Millionen Mark. In den bisher abgelaufenen 11 Monaten des am 31. März beendeten Finanzjahrs 1931/32 sind insgesamt rund 4526 Millionen an Besitz- und Verkehrssteuern eingegangen, während der Vorschlag für das ganze Jahr 5072,5 Millionen beträgt. Die Gesamteinnahmen bei Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen in den 11 Monaten knapp 2547 gegen 3099,5 Millionen im Vorschlag für das ganze Finanzjahr.

Am Vergleich mit dem Februar 1931 sind im Berichtsmonat an Steuern und Zöllen insgesamt 71,7 Millionen Mark weniger eingegangen. Auch unter Einrechnung der neuen Steuern, besonders der Kräftesteuer, sowie der Erhöhung der Umsatzsteuer liegt das Steueraufkommen im Februar erheblich unter dem Stand des entsprechenden Monats im Vorjahr. Die neuen Steuerquellen haben also die Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht ausgleichen können.

Nachspiel zum Stinnes-Prozess.

Generalsstaatsanwalt erhebt Anklage gegen Landgerichtsdirektor Dr. Arndt.

Der Generalsstaatsanwalt beim Kammergericht hat gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Arndt, den Vorsitzenden im Stinnes-Prozess, wegen Verletzung der Pflicht zur Amtswahrsamkeit Anklage erhoben. Gegen den Landgerichtsdirektor wird der Dienststrafenat beim Kammergericht befinden, der nach dem Umgestaltungsgesetz am 1. April 1932 an die Stelle des bisherigen Disziplinarsenats tritt. In dem Ehrengerichtsverfahren bei der Anwaltskammer sind die Anträge gegen die beteiligten Rechtsanwälte, Rechtsanwalt Dr. Alberg und Rechtsanwalt Gollnick, in Vorbereitung.

Simaitis provoziert.

Zwangig deutsche Volksschullehrer gefündigt.

Der Vorsitzende des memelländischen Direktoriums, Simaitis, der selbst Volksschullehrer von Beruf ist, hat heute 30 Volksschullehrern, die deutsche Staatsangehörige oder Optanten sind, den Dienst gefündigt. Bereits vor einigen Wochen wollte Direktor Tollfus, als er mit der Führung der Geschäfte des Landesdirektoriums nach Ablegung des Präsidenten Wölkner beauftragt wurde, einer Reihe von reichsdeutschen Lehrern im Remalgebiet den Dienst kündigen. Damals wurde auf Eingreifen der Mehrheitsparteien der Plan noch verhindert. Simaitis hat ihn aber ungeachtet der damals ausgesprochenen Warnungen der Mehrheitsparteien durchgeführt.

Familie Starhemberg.



„Kinder, Kinder, was machen wir bloß, wenn der Kohn die Wechsel nicht prolongiert?“
— hm, ganz einfach! „A kleinen Puffsch mit anschließendem Pogrom, wie es unsere Aftvorderen getan haben, wenn sie beim Juden zu tief in der Tinte saßen.“

Englische Sozialbilanz.

Böse Ziffern. — Ist drüben auch das „System“ schuld?

Bei uns in Deutschland ist, wenn man die Naziführer schmähen hört, an allem Uebel nur das „System“ schuld. Gegenüber diesem Unersand ist es immer wieder angebracht, einen Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus zu werfen, um festzustellen, wie es in den Ländern aussieht, die ihrer sozialen Struktur nach einigermassen mit Deutschland verglichen werden können. Ein solches Land ist vor allem England. Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem seinen Jahresbericht für 1931 herausgegeben. Dieser Bericht zeigt auf breiter Basis eine Bilanz der Sozialpolitik im stürmischen Krisenjahr. In drei großen Abschnitten werden die Arbeitslosigkeit, die Entwicklung der Löhne und die Arbeitskämpfe behandelt.

Das Kapitel über die Arbeitslosigkeit ist besonders aufschlußreich. Der Bericht begnügt sich damit, den Verlauf der Arbeitslosigkeit zu registrieren; er stellt auch eine sorgfältige Untersuchung über die Zahl der versicherten Arbeitnehmer an. Auf Grund dieser Untersuchung ergibt sich ein lehrreicher Überblick über die Höhe der Gesamtbeschäftigung innerhalb der englischen Wirtschaft. Für das vergangene Jahr wird die Zahl sämtlicher versicherten Arbeitnehmer mit 9,40 Millionen angegeben, während im März 1927 die Zahl der Versicherten mit 9,51 Millionen Personen trotz der damals herrschenden Depression in England noch um annähernd 110 000 Personen höher war. Dieser Vergleich zeigt, daß der gesamte Beschäftigungsgrad in der englischen Wirtschaft im vergangenen Jahr noch tiefer war als 1924, so daß die Entwicklung in England ziemlich parallel ging mit den trüben Schicksalserscheinungen in Deutschland. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit unter den Versicherten ist in Großbritannien sogar noch erheblich größer als in Deutschland. Gegenüber dem guten Konjunkturjahr 1927, das in England nach dem Bergarbeiterstreik, der sieben Monate dauerte, besondere Auftriebsmomente mit sich brachte, ist der Prozentsatz der erwerbslosen versicherten Arbeitnehmer im letzten Jahr von 9,7 auf 21,3 Prozent gestiegen.

Zu dem Verlauf der Arbeitslosigkeit nach der Entwertung des Pfundes im September vergangenen Jahres gibt der Bericht des Arbeitsministeriums noch einige interessante Ergänzungen. Zum

erstmal wird von ihm eine genaue Ziffer der Arbeitslosen angegeben, die durch die verschärften Versicherungsbestimmungen im vergangenen Herbst endgültig ausgesteuert wurden. Das sind rund 100 000 Personen. Ende Februar betrug die Arbeitslosigkeit in England 2,70 gegen 2,78 Millionen vor der Pfundentwertung im September. Rechnet man die Ausgesteuerten, hauptsächlich weiblichen, Erwerbslosen mit 100 000 hinzu, so betrug die Arbeitslosigkeit in England Ende Februar — die Märzfiguren liegen noch nicht vor — 2 800 000 Personen. Im vergangenen Winter erreichte der winterliche Höchststand 2 870 000 Erwerbslose. Hierin zeigt sich also ganz deutlich, daß die Hoffnungen, die man in England auf die Entwertung des Pfundes gesetzt hat, fehlergeschlagen sind; denn bestenfalls kann man für den Arbeitsmarkt das Ergebnis feststellen, daß die Pfundentwertung die winterliche Zunahme der Erwerbslosigkeit etwas abgeklappt, keinesfalls aber eine effektive Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkt hat.

Sehr interessant ist der Abschnitt, der die Lohnentungen des letzten Jahres behandelt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Abwertung des Pfundes im wesentlichen den Zweck verfolgte, auf kaltem Wege die Reallohne entsprechend der Währungsentwertung abzubauen. Wenn demgegenüber das gesamte durchschnittliche Lohnniveau in England 1931 nur um 3 Proz. gesunken ist, so ergibt das für die Veränderung des Lebensstandards nur ein unvollkommenes Bild; denn seit dem September hat sich die Lebenshaltung infolge des Sinkens der Währung verteuert. Von härteren Lohnentungen wurden verschiedene Distrikte der Textilindustrie betroffen. Dort reicht der Lohnabbau bis dicht an 12 Proz. heran, während im Kohlenbergbau Lohnentungen um 5 bis 6 Proz. durchgeführt wurden.

Im ganzen wurden während des letzten Jahres 419 Arbeitskämpfe durchgeführt. An diesen waren zusammen rund 425 000 Arbeitnehmer direkt und etwa 65 000 indirekt beteiligt. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage erreichte fast 7 Millionen gegen rund 4,4 Millionen im Jahre 1930. Der größte Arbeitskampf fand in der Hochburg der Baumwollindustrie Lancashire statt, das infolge des dort herrschenden Scharfmacherturns einer der härtesten Unruheherde der englischen Wirtschaft geworden ist. Der Arbeitskampf in diesem Gebiet kostete im letzten Jahr bei einer Teilnahme von über 145 000 Arbeitnehmern 8,29 Millionen Arbeitstage.

Donau-Konferenz in London.

Wahrscheinlich am 6. April und ohne Brünning.

Am 6. April dürfte in London eine Vorkonferenz Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu der späteren Donaukonferenz beginnen. Reichskanzler Dr. Brüning wird an dieser Vorkonferenz nicht teilnehmen, da er an den Abenden vor der Präsidentenwahl in einer Reihe von Großstädten für die Wiederwahl Hindenburgs spricht. Deutschland würde somit auf dieser Vorkonferenz durch Staatssekretär v. Bülow vertreten sein. Soweit eine Entscheidung in der Donaufrage zu fassen ist, wird das in Genf geschehen und daran wird der Reichskanzler teilnehmen.

Lardieu-Macdonald: ohne Interesse.

Paris, 30. März. (Eigenbericht.)

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird der Zusammenkunft Lardieus mit Macdonald nicht die Bedeutung beigelegt, die ihr ein Teil der französischen Presse geben möchte. Man glaubt nicht, daß die Aussprache der beiden Ministerpräsidenten irgendein positives Ergebnis haben wird, zumal man es für ausgeschlossen hält, daß Macdonald, von dem die Anregung zu der Viermächtekonferenz ausgegangen ist, vor dem Zusammentritt dieser Konferenz irgendwelche Versprechungen gegenüber Lardieu eingehen werde. Das sei aus rein sachlichen Gründen schon unwahrscheinlich. Die französische und englische Auffassung seien in der Frage des Donaubundprojektes vorläufig noch diametral entgegengesetzt. Unwahrscheinlich sei auch, daß Lardieu mit Macdonald zu einer Einigung in der Reparationsfrage kommen werde, da sich Lardieu vor den Kammerwahlen hinsichtlich des Reparationsproblems kaum festlegen werde. Die Aussprache zwischen den

beiden Ministerpräsidenten werde sich deshalb auf einen allgemeinen Meinungsaustausch beschränken, der von internationalen Standpunkt aus wenig Interesse habe.

Keine Endregelung in Lausanne?

London, 30. März. (Eigenbericht.)

Die englische Regierung hat nach einer Information des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Herald“ die Hoffnung, daß auf der Lausanner Konferenz im Juli eine endgültige oder auch nur eine längere Zeit ersetzende Lösung des Reparationsproblems erreichbar sein werde, aufgegeben. England werde daher in Lausanne nur eine Verlängerung des Hoover-memoratoriums um weitere sechs Monate vorschlagen. Dieser Plan, der auf den Schatzkanzler Chamberlain zurückzuführen sei, werde von der vagen Hoffnung getragen, daß innerhalb der sechs Monate die amerikanischen Präsidentenwahlen die Situation ändern und so günstigere Voraussetzungen für eine Einlösung der Reparationsfrage geschaffen werden.

Der 1. Mai als Wahltag.

Für die französische Kammer.

Paris, 30. März.

Daraus, daß Ministerpräsident Lardieu am 6. April die Wahlkampagne mit der traditionellen Rede einleitete, wird, zieht man den Schluß, daß als Wahltag der 1. Mai bzw. der 8. Mai für den zweiten Wahlgang als sicher anzusehen sei, da die Dauer der Wahlkampagne gewöhnlich drei Wochen betrage.

Bereinfachte Bürokratisierung.

Die neue Verordnung zur Arbeitslosenversicherung.

Über wesentliche Bestimmungen der neuen Verordnung zur angeblichen „Bereinfachung und Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung“ haben wir bereits berichtet. Bei genauerem Zusehen wird unsere Kritik bestätigt, die wir an der Vorlage übten, die seinerzeit dem Reichsrat zuzuging. Es ist eben so; der Ausgang der letzten Reichstagswahlen mit seiner nazikommunistischen Hochflut hat den Reichstag arbeitsunfähig gemacht; das benutzt nun die Bürokratie, um auf allen möglichen Gebieten die Selbstverwaltung aus- und sich selbst einzuschalten. Es wird von dem Ausgang der nächsten Wahlen abhängen, ob und wie weit der Trümmerhaufen beseitigt werden kann, der dadurch seit dem September 1930 angedichtet worden ist. Einen anderen Weg zur Wiederherstellung der Sozialversicherung, als die Wahl von Sozialdemokraten gibt es nicht.

Durch die neue Verordnung, die nicht viel vereinfacht und nichts vereinfacht, wird das Staatsrecht der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter durch Vorschlägen der Vorsitzenden ersetzt. Die Ausschüsse sind nur noch anzuhören. Die Einberufung der Organe braucht nicht mehr mindestens einmal in jedem Kalenderjahr stattfinden, sondern nur noch einmal in jedem Kalenderjahr. Sie muß allerdings auch künftig erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder es verlangt.

In der Personalbestellung ist von einschneidender Bedeutung die Aenderung, wonach das bindende Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse für die Bestellung von Fachkräften beseitigt und die Präsidenten der Landesarbeitsämter bzw. der Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt werden, die Bestellung vorzunehmen, nachdem dem zuständigen Verwaltungsausschuss „Belogenheit“ gegeben worden ist, Vorschläge zu machen. Damit ist aus dem Vorschlagsrecht ein Anhörungsrecht geworden.

Für die Arbeitslosen sind die wichtigsten Bestimmungen, daß in Zukunft Beiträge und Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr berücksichtigt werden dürfen.

In dieser Bestimmung liegt eine ungeheure Härte, denn in vielen Fällen unterversichern die Unternehmer die bei ihnen Beschäftigten, und noch öfter sind sie weit mehr als einen Monat mit den Beiträgen rückständig. Die neue Verordnung sagt mit keinem Wort, was aus den Arbeitnehmern werden soll, für die die Arbeitgeber mit einem ständigen Rückstand von mehr als einem Monat gezahlt haben. Die einschneidende Bestimmung der Verordnung, daß, so-

weit und solange der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgelt noch nicht erhalten hat, auch die obige Bestimmung nicht anzuwenden ist, ist völlig ungenügend, da Beitragsrückstände und Unterversicherung gerade in dieser Krisenzeit an der Tagesordnung sind.

Besonders hart ist die Bestimmung, daß bei Ueberzahlungen infolge Nachbemessung einer Sozialrente nummehr der Bezugsberechtigte nicht mehr darüber zu bestimmen hat, ob von seiner Sozialrente die Schuld getilgt werden soll. In Zukunft kann jedes Arbeitsamt für alle rückstehenden Schulden eines Arbeitslosen ohne Zustimmung des Bezugsberechtigten Hand auf die Sozialrente legen.

Für die Notstandsarbeiter sollte bisher der Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes eine obere Grenze für die Entlohnung fest. Ferner bestimmt der Verwaltungsausschuss, welcher Tarifvertrag auf die Notstandsarbeiter Anwendung finden sollte.

Rach der neuen Verordnung wird der Verwaltungsausschuss völlig umgangen. Nun wird der Vorsitzende allein hierüber zu befinden haben. Ausdrücklich bestimmt dann die Verordnung, daß gegen die Festsetzungen, die der Vorsitzende trifft, ein Rechtsmittel nicht gegeben ist.

Die Umwidmung der Organe und ihrer Ausschüsse muß bis zum 23. Juni durchgeführt sein. Organe und deren Ausschüsse, die nach dieser Verordnung neu gebildet werden, bleiben bis zum 31. Dezember 1932 im Amt.

Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung beträgt, wie durch einen Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt mit Zustimmung der Regierung verfügt wurde, über den 31. März hinaus bis auf weiteres 20 Wochen und bei berufsunfähigen Arbeitslosen 16 Wochen.

Die neue Verordnung über die Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden tritt am 1. April in Kraft. Durch sie unterliegt die Beschäftigung der genannten Berufsgruppen bis zum 30. Juni der Arbeitslosenversicherungspflicht. Vor dem 30. Juni ist also mit Veränderungen im Versicherungsrecht der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden nicht zu rechnen. Welche Regelung alsdann Platz greifen wird, wird im Verwaltungsrat noch eingehend geprüft werden.

Schutz den Krankenversicherten!

Die Wirkung der Notverordnungen.

Die Krankenversicherung ist durch die Dezember-Notverordnung in eine böse Lage gedrängt worden. Den Kassen ist grundsätzlich die Weitergewährung von Mehrleistungen untersagt. Das hat in der Praxis zu unhaltbaren Zuständen geführt. Hausgeld wird z. B. nur gewährt, wenn der Ernährer der Familie aus dem Arbeitsloch ausgeschieden und sich ins Krankenhaus begeben muß.

Wenn sich in diesem Fall eine kleine Familie mit den geringen Einnahmen begnügen soll, die das Gesetz den Kassen zu gewähren gestattet, dann muß ihre Lebenshaltung auf ein völlig unerträgliches Niveau heruntergeschraubt werden. Die Kassen kennen die Tragödien, die dadurch entstehen, daß ihnen Mehrleistungen an Hausgeld verboten sind. Und ähnlich schlimm liegen die Dinge bei den Leistungen der Familienhilfe, Kassen und Apotheken bestätigen, daß der Arzneikostenanteil für viele Familienmitglieder zu hoch geworden ist. Die Folge ist, daß der Arzt zwar Heilmittel verordnet, die Kranken aber die Verordnungen gar nicht zur Apotheke bringen, weil sie ihren Arzneikostenanteil ja doch nicht bezahlen können. Das sind gefährliche Dinge, gegen die rechtzeitig Abhilfe geschaffen werden muß.

Durch den Abbau der Mehrleistungen ersparen die Krankenkassen nur geringe Beträge. Jedenfalls stehen diese Beträge, worauf die „Deutsche Krankenkasse“, die Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, in ihrer neuesten Nummer mit scharfem Nachdruck aufmerksam macht, in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die im Einzelnen betroffenen Versicherten zu tragen haben. Vorteil auf die große Menge der Krankenversicherten, sei dieser Schaden leicht tragbar, der einzelne jedoch werde von ihm erdrückt. Der Gesetzgeber könne also, ohne die Wirtschaft zu gefährden, den Krankenkassen auf diesem Gebiet ihre Handlungsfreiheit wiedergeben, und zwar auch den Kassen, die mehr als 5 Proz. des Grundlohns an Beiträgen erheben müssen. Er möge, wenn er sich etwas davon verspreche, die Einführung von Mehrleistungen bei diesen Kassen an die Zustimmung des Oberversicherungsamts knüpfen. Eine solche Vorkaufsmaßregel sei jedoch überflüssig. Es genüge, wenn der Gesetzgeber es den Selbstverwaltungsorganen der Kasse überlasse abzuwägen, wie weit die Kasse bei der Leistungsgewährung gehen darf. Der Anschauungsunterricht, den die Selbstverwaltungsorgane in den letzten Jahren genossen hätten, sei deutlich genug gewesen, um jeden Ueberflchwang bei der Einführung von Leistungen zu dämpfen. Jedenfalls bestehe heute kein Anlaß mehr, die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung gerade bei der Gestaltung der Leistungen in einem Maße zu beschränken, wie es durch die Dritte Notverordnung geschehen sei. Diese Beschränkungen müßten möglichst schnell aufgehoben werden; denn sonst sammte sich in der Versicherungskasse eine solche Menge von Explotivstoff an, daß die ganze Krankenversicherung über kurz oder lang einem Vulkan gleiche.

Sozialisiert den Bergbau!

Der Ruf der Bergarbeiter und die Zechenherren.

Der Sozialisierungsruf der Bergarbeiter wurde von den Zechenherren mit der kühnen Behauptung beantwortet, daß eine Verstaatlichung der Schwerindustrie nur eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft mit sich bringe. Um die Argumente,

mit denen die Gewerkschaften ihre Forderung begründen, gehen die Zechenherren herum wie die Rache um den heißen Brei.

Die Unternehmer vergessen, daß auf Grund tatsächlicher Fehler und Mängel in der Wirtschaftsführung der Arbeitgeber meiste Vollstreiche nur noch eine gemeinwirtschaftliche Regelung als einzigen Rettungsweg sehen. Die Fehlinvestitionen des Ruhrbergbaus sind zur Genüge bekannt. Seit 1920 bis Mitte 1931 wurden an der Ruhr 113 Zechen stillgelegt. Jedenfalls wäre es recht interessant, einmal zu unteruchen, wieviel Kapitalvergeudungen dabei durch fehlerhafte Wirtschaftsführung der Unternehmer vorgekommen sind, und zwar offensichtlich Kapitalvergeudungen, die mit Sozialismus und Marxismus nicht das geringste zu tun haben.

Der zweite Hauptgrund, weshalb die Bergarbeiter ihre Forderung nach Sozialisierung der Gruben erhoben haben, liegt in der wirtschaftlichen Autokratie, wie sie im Ruhrbergbau herrscht. Rund sechs Gesellschaften verfügen über mehr als 50 Prozent der gesamten Kohlenförderung, während weitere 25 Prozent der Produktion des Ruhrbergbaus auf neun Gesellschaften entfallen. Diese starke Konzentration privatwirtschaftlicher Macht ist gegenüber der Allgemeinheit nicht mehr zu verantworten; denn die Wirtschaftsgewaltigen des Ruhrgebiets sehen ihre vornehmste Aufgabe darin, ihre Machtstellung für die verderblichen politischen Ziele der Hitler-Bewegung auszunutzen.

Lohnstarife im Kohlenbergbau verlängert

Bochum, 30. März. (Eigenbericht.)

Der Zechenverband hat den Manteltarif für den Ruhrbergbau zu Ende Mai gekündigt. Eine Kündigung des Lohnstarifes zu Ende April ist nicht erfolgt. Man rechnet jedoch mit einer Kündigung am 1. Mai zum 31. Mai.

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden hat den Tarif für die Angestellten zu Ende April gekündigt.

Stein, 30. März.

Der Arbeitgeberverband der oberdeutschen Kohlenindustrie teilt mit: Arbeitnehmer und Arbeitgeber im oberdeutschen Steinkohlenbergbau haben sich dahingehend geeinigt, daß sämtliche Tarifabkommen zum 30. April nicht gekündigt werden, sondern zunächst unverändert einen Monat weiterlaufen.

Der Kampf im böhmischen Bergbau.

Weitere Ausdehnung und Zusammenstöße.

Prag, 30. März. (Eigenbericht.)

Die Lage in Nordwestböhmen hat sich am Mittwoch weiter verschärft. In Klado bei Prag traten am Mittwoch die Arbeiter von zwei Kohlenfeldern ebenfalls in den Ausstand. Im Rährisch-Strauer Reser streiken bisher 7000 Arbeiter; auch hier ist die Lage ernst. In Nordböhmen macht sich in den Fabriken bereits Kohlenmangel bemerkbar. Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich gegen die wilden Streiks ausgesprochen und sehen jede Verantwortung für ihren Verlauf ab.

Am Mittwochvormittag bewarfen demonstrierende Bergarbeiter in Unterhohau bei Rährisch-Strau die Schutzwoche mit Steinen. Die Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses stand unter dem Eindruck des Kohlenstreiks. Die Kommunisten veranstalteten Vorträgen. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Verstaatlichung aller Gruben verlangen.

Harte Verhandlungen im Buchdruck.

Die Unternehmer häufen Zündstoff.

Die Manteltarifverhandlungen des Buchdruckgewerbes, die am Mittwochmittag vor dem tariflichen Zentralschlichtungsamt unter dem Vorsitz des Landesgeschäftlers Professor Brahn-Torfmund begannen, brachten noch kein Ergebnis. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Der Manteltarif war bekanntlich von den Unternehmern gekündigt worden. Die Gewerkschaften verlangen unveränderte Verlängerung des Tarifs.

Auch der Lohnstarif ist von den Unternehmern gekündigt worden. Diese Kündigung bedeutet alles andere als eine Entlastung der mit Konfliktstoff geladenen Atmosphäre im Buchdruckgewerbe. Sie ist eine Herausforderung. Sie kann nicht anders gewollt und gedacht sein, da die Unternehmer über die Wirkung dieser Kündigung keinen Augenblick im Zweifel sein konnten.

Der Lohnanteil in der Landwirtschaft.

Das Verhältnis zur Vorkriegszeit.

Von den Landwirten wird immer wieder behauptet, die landwirtschaftlichen Betriebe seien heute weit stärker mit Lohnausgaben belastet als in der Vorkriegszeit. Diese Behauptungen sind — auch das muß immer wieder erklärt werden — keineswegs zutreffend. Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterversandes, Genosse Georg Schmidt, hat kürzlich im Rahmen einer öffentlichen Rundgebung des Verbandes in Königsherg i. Dhrp. ausführliche Angaben darüber gemacht.

Danach bewegten sich die Lohnausgaben in den landwirtschaftlichen Betrieben in der Vorkriegszeit zwischen 30 bis 40 Proz. der Gesamtausgaben. Die Verhältnisse haben sich heute hier zugunsten der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber geändert. Bei der Untersuchung der den Zeitraum von fünf Jahren umfassenden betriebswirtschaftlichen Verhältnisse mehrerer hundert landwirtschaftlicher Betriebe Ostpreußens ist folgender prozentualer Anteil der Ausgaben für Löhne einschließlich Sozialleistungen festgestellt worden: in den Betrieben mit über 200 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche 28 bis 38 Proz., in den Betrieben mit 100 bis 200 Hektar 27 bis 37 Proz., in den Betrieben von 50 bis 100 Hektar 25 bis 34 Proz., in den Betrieben mit weniger als 50 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche 24 bis 29 Proz. Der Lohnanteil an den Gesamtausgaben ist also zurückgegangen.

Als grundfalsch bezeichnet es Schmidt, die Naturalien, die aus den Betrieben genommen werden, den baren Betriebsausgaben zuzurechnen. Wenn man das tue, dann sei vorerst notwendig, alle Produkte des Betriebes, auch die für Naturalienlieferungen, in Einnahme zu stellen. Heute geschehe das in den meisten Fällen nicht, was um so bemerkenswerter sei, als nach Feststellungen in etwa 100 landwirtschaftlichen Betrieben Ostpreußens nur rund 30 Proz. in etwa 200 Betrieben nur 25 bis 55 Proz. von der Getreideernte verkauft werden.

Bechly's Selbstbehauptung.

Die Verwaltung des Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverbandes hat mehrere nationalsozialistische Mitglieder, die die Parole des Verbandsvorsitzenden Bechly für die Wiederwahl des Reichspräsidenten Hindenburg bekämpft haben, nunmehr ausgeschlossen, so z. B. das Hamburger Bürgergeschäftsmitglied Friedrich Stanil. Auch erfolgten Austritte von Rajs aus dem DNB.

Der DNB hat sich durch sein Liebling mit der NSDAP eine Laus in den Pelz gefügt. Sie wieder loszubekommen, wird ihn noch aßerhand Arbeit kosten. Wenn Bechly sich jetzt endlich in energischer Vor Wehr setzt, so weil er vor der Alternative steht, entweder die von ihm großgezogenen Nazis hinauszuwerfen, oder von ihnen hinausgeworfen zu werden.

SPD-Fraktion der erwerbslosen Buchdrucker. Freitag, 13. Mrz. im Lokal Korfbau, Rammannstr. 11. (großes Zimmer). Freitag, 13. Mrz. 10 Uhr. Wegen wichtiger Angelegenheiten ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Das Parteibuch legitimiert.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freitag, 19. Mrz. tagen die Gruppen: Schönhauser Jugendheim, Reichsberger Str. 66. Die wirtschaftlichen Ursachen des chinesisch-japanischen Konflikts. — Tempelhofer Jugendheim, Augustenburgerstr. 4-6. Der Zugang erfolgt durch den Eingang Südstraße, auf der hintersten Seite der Schule. Bei uns Kabarett, Große Ueberrückungen. — Köpenicker Jugendheim, Reiter Str. 18-19. Heftenamt liegt wieder zur Ruhe. — Steglitzer Jugendheim, Reiter Str. 17. Volksschule, Gartenstadt, Reichstag, Einheitsheute, Autobus, 1. Gehzeit wandert durchs Mittenmeer. — Schönhauser Laz. Jugendheim, Reiter Str. 18. Die französische Fremdenlegation. — Frankfurter Laz. Jugendheim, Reiter Str. 4. Das kommunistische Manifest. — Lichterberg Jugendheim, Reiter Str. 22. Gewerkschaften und Notverordnung. — Reinickendorfer Jugendheim, Guntterstr. 44. Betriebsprüfung. — Schöneberger Jugendheim, Reiter Str. 2 (rotes Zimmer). Bad London. — Köpenicker Jugendheim, Reiter Str. 3 (Nähe Bahnhof Spindlersfeld). Fahrtenberichte. — Gewerkschaftsheim, Engelster 24-25, Gosl 11. Die wirtschaftlichen Ursachen des chinesisch-japanischen Konflikts. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Augustenheimer Str. 11-12. Unsere Forderungen stellen den Verbänden: Augustenheimer Str. 11-12. Unsere Forderungen stellen den Verbänden: Augustenheimer Str. 24-25. Aufgang des 3. Treppens. Ausprobieren über unsere Jugendzeitung. — Jugendgruppe des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter, Augustenheimer, Stagnungsplatz, Reiter Str. 4-6. Moderne Jugendpflege.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Freitag, 19. Mrz. tagen folgende Veranstaltungen: Köpenicker Metallarbeiter, Augustenheimer Str. 11 (großes Zimmer). Donnerstagabend. — Reinickendorfer Jugendheim, Reiter Str. 22. Sozialistische Betrachtung der Arbeiterbewegung, Arbeitermusik, Referat: Reibmann. — Dagen Jugendheim, Reiter Str. 18. Pünktlich Abend. — Tempelhofer Jugendheim, Reiter Str. 4 (Gartenhaus). Wir lernen neue Lieder. Referat: Weiskopf. — Die Freie Anstellendenbewegung e. V. m. b. H. tagt heute von 20 bis 22 Uhr im Reinickendorfer. — Jugendversammlung um 10. Uhr auf dem Sportplatz Lichterberg, Reiter Str. 4-6. Referat: Weiskopf.

Zentralrat für Politik: Ulrich Schiff; Wirtschaft: G. Kitzinger; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freileben: Dr. John Schimanski; Politik und Sonstiges: Fritz Ratzlaff, Angewandte: Th. Gieseler; Amtlich in Berlin: Freitag: Sonnabend-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Deutsche-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Dienstag 2. Verlag.

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

Über 114 Millionen RM Gesamtgewinne

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

Der Berliner Steuerkrieg.

Seltene Nachnahmesendungen und das Dunkel um die Aprilmiete.

Am kommenden Montag wird der zweite Gang im Kampf um den Reichspräsidenten seinen Lauf nehmen. Es gilt, Hitler eine noch empfindlichere Niederlage beizubringen als am 13. März. In zehn Tagen wird die Eisene Front abermals Trumpf spielen. Dabei würde der zweite Gang einen erheblich gelagerten Kraftaufwand erfordern, wenn nicht Hemmnisse zu beseitigen wären, die bei eintägigen Fingerringen für die Stimmung der Massen gar nicht zu existieren brauchten. Wer aufmerksam durch die Strohen Berlins geht, wird un schwer folgendes heraus hören:

Durch die dritte Kassenrechnung ist der Vorauszahlungs termin für die Einkommensteuer vom 10. April auf den 10. März vorgezogen worden. Die Steuerzahlungen sind also diesmal einen Monat früher zu entrichten. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß bei dem ohnehin verringerten Steuerauskommen das Reich dringend der benötigten Gelder bedarf. Und die pünktlichsten Steuerzahler sind noch immer die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihren Steuerobulus erst gar nicht in die Hände bekommen; der wird ihnen vielmehr gleich bei der Lohn- und Gehaltszahlung in Abzug gebracht. Es soll auch kein Steuer drückberger nur entfernt in Schutz genommen werden. Aber es können bei der heutigen Not der Zeit genug Fälle eintreten, in denen auch der Steuerwillige nur einmal am Fälligkeitstermin seine Rate nicht auf den Tisch des Finanzamts oder der Steuerkasse legen kann. Diese Fälle gibt es zu Tausenden.

Nun berichtet es eigenartig, mit welcher Härte gerade in diesen Tagen die Steuern eingetrieben werden. So lassen die Finanzämter Rechnungen hinausgehen, die innerhalb sieben (!) Stunden einzulösen sind. Jede Rechnung trägt den Vermerk: ohne Sagerfrist. Somit haben Rechnungen eine Woche Sagerfrist, der Schuldner hat sieben Tage Ruhe, sich das nötige Geld zu beschaffen, noch in letzter Stunde kann er die Rechnung einlösen. Auf den Benachteiligten über die Steuernachnahmen aber steht als zweiter Vermerk: einzulösen bis nachmittags 5 Uhr. Und vormittags um 10 Uhr erst hätte der Postbote die Rechnung präsentiert. Wo sollen denn proletarisierte Mittelständler innerhalb sechs Stunden beispielsweise 100 M. auftreiben? Die Rechnung geht also uneingelöst zurück.

Die Folge ist, daß sich der Steuerzahler an sein Finanzamt mit der Bitte um Säubung wendet. Es ist anzuerkennen, daß die

Finanzämter sich bis vor kurzem solchen Bitten gegenüber fast nie verschlossen haben. Heute bekommt der Bittsteller nur ein vorgebrachtes Formular als Antwort, in dem es heißt, daß dem Steuerzahler keine Entschuldigungen nicht ansprochen werden kann. Dann wird weiter gesagt: „Ich muß Sie vielmehr ermahnen, zur Bezahlung der zwangsweisen Beitreibung die am 10. März 1932 fällig gemordenen Beträge nunmehr umgehend an die Finanzkasse zu zahlen.“ Das haben ja die Steuerzahler auch schon vorher gemußt. Es ist verständlich, wenn dabei selbst dem Sanftmütigsten die Galle überläuft.

Es wagt nicht viel, wenn die Finanzämter bei ihrem scharfen Vorgehen darauf hinweisen, daß sie nur Anordnungen höherer Stellen befolgen. Dieses Mißverständnis ist schwach. Es ist bekannt, daß in der entscheidenden Gesamtsitzung des Deutschen Beamten-Bundes neben den Lehrern es gerade die Steuer- und Zollbeamten waren, die sich mit aller Kraft dagegen wandten, daß der Deutsche Beamten-Bund einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs herausgibt. Und man kann sich oftmals des Eindruckes nicht erwehren, als ob der Steuerdruck bestimmten Beamten- Kategorien nicht scharf genug sein kann. Im Hintergrund steht Hitler und wartet auf das Keifen der Saat. Niemand um dem Hauswirt mehr aufs Brett zahlen müßten.

Wahnsinnige Ungeschicklichkeiten werden bei der Hauszinssteuer gemacht. Hunderttausende von armen Berlinern genießen eine verbilligte Miete, da ihnen erfreulicherweise die Zahlung der Hauszinssteuer erlassen ist. In den nächsten Tagen beginnt der Abbau der Hauszinssteuer. Und Hunderttausende armer Berliner Familien zittern darum, daß ihnen nur ja nicht am 1. April die Miete erhöht wird. Denn sie haben einfach die 5 M. nicht, die sie dem Hauswirt mehr aufs Brett zahlen müßten.

Die Kohnheier dieser Dinge sind die Feinde der Republik.

Noch immer kursiert das Märchen, daß 117 000 Gerichtsvollzieher bei der Arbeit sind, den Leuten das letzte Hemd vom Leibe wegzu pfänden. In Wirklichkeit hat Preußen 2141 planmäßige und 290 außerplanmäßige Gerichtsvollzieher. Aber es besteht die Gefahr, daß man lauben Ohren predigt. Denn soviel steht fest: vierzehn Tage vor der Wahl eine Art Steuerkrieg zu entfesseln, das war nicht nötig.

Die Raiffeisenbank hat meine Sicherheiten verschleudert, die Direktoren haben die Werte für sich zu einem Spottpreis erworben, sagte Uralzoff und hat damit recht. Der Zeuge Zerbel bestätigt: In Hamburg lagerte Tobak im Werte von 300 000 M. Bei der Versteigerung der Sicherheiten wurde der Tobak einfach übersehen; die Bank hat keinen Pfennig Gegenwert erhalten. In Rotterdam lagerten Anilinfarben, also ein Börsenartikel im Werte von 800 000 M. Uralzoff nannte einen vorzeithaften Käufer. Der Sohn des Raiffeisenbank-Direktors Dr. Wiglow bekam aber 5 Proz. von dem Verkaufspreis. Kauffähig erhielt sein Käufer den Vorzug. Die Anilinfarben wurden für 77 000 M. verschleudert. Uralzoffs Billeneinrichtung war von der Raiffeisenbank selbst auf 1 1/2 Millionen geschätzt; es gab da u. a. 110 echte Perle teppiche, äußerst wertvolle Oelgemälde, darunter ein großer Van Dyck und ein Ferruglio, zwei wertvolle Münzensammlungen uhm. Die ganze Wohnungseinrichtung, im Werte von 1 1/2 Millionen wurde im Pfandhaus Schönhauser Straße vom Gerichtsvollzieher für, sage und schreibe, 30 000 M. versteigert. 15 000 M. davon erhielt das Finanzamt, 35 000 M. die Raiffeisenbank. Herr Zerbel sollte die Sachen für die Raiffeisenbank ersteigern. An einen wertvollen Van Dyck erinnerte er sich nicht. Die Teppiche wurden so nachdem für 125—200 M. verkauft, darunter auch ein sehr großer Perserteppich, für den 20 000 Dollar gezahlt worden waren. Wo ein mehrere

Zentner schwerer silberner Tafelaufsatz aus dem Schloß in Dresden geblieben ist, weiß Zerbel nicht. Ein Aufsatz aus Bronze mit Sèvres Porzellan, der 15 000 M. kostete, wurde für 500 M. losgeschlagen. Der Gerichtsvollzieher war außer sich. Nicht aber Herr Zerbel. Er ersteigerte ja die Gegenstände und viele davon gingen in den Besitz der Herren Bankdirektoren über.

Zwei neue Altersheime.

In Steglitz und Spandau. — Berlin sorgt trotz Finanznot.

Im Januar ist der Neubau des Rentnerwohnheims im Bezirk Steglitz, Rückerstraße 103, fertiggestellt worden, dessen Errichtung die Stadtverordnetenversammlung am 27. November 1930 beschlossen hatte. Die Bewirtschaftung und Belegung des Heims, das inzwischen auch bezogen worden ist, ist Aufgabe des Bezirksamts Steglitz. In dem Heim finden hauptsächlich Klein- und Sozialrentner Aufnahme, und zwar in erster Linie solche, die eine Almohung zur Verfügung stellen. Da das Heim bereits in Betrieb genommen worden ist, hat sich der Magistrat ausnahmsweise mit einem für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1932 aufgestellten Haushaltsplan einverstanden erklärt, der in Einnahme und Ausgabe mit 3300 M. abschließt. Ueber ihn geht jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu.

Am 1. Februar ist auch in Spandau ein neues Alterswohnheim in der Melanchthon- Ecke Adamistraße eröffnet worden, das ebenfalls mit Klein- und Sozialrentnern belegt wird. Dieses Heim, dessen Errichtung die Stadtverordnetenversammlung in der gleichen Sitzung beschlossen hatte, wird durch das Bezirksamt Spandau belegt und bewirtschaftet. Es bildet einen Anbau an das Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Bürger-Hospital, das schon seit Jahren als Altersheim benutzt wird. Auch für dieses neue Heim hat der Magistrat für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1932 einen Haushaltsplan aufstellen müssen, der mit einer Einnahme von 1830 Mark und mit einer Ausgabe von 3400 M. abschließt und über den jetzt ebenfalls der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugeht.

Gefängnis für Rohheitsakt.

Dreizehnjährigen überfahren und hilflos ausgefacht.

Die unglaublich rohe Handlung des Händlers Bippich, der am 27. November u. J. den dreizehnjährigen Heinz Drei mit seinem Auto überfahren und den schwerverletzten Jungen in hilflosem Zustande kurzweilend ausgefacht hatte, stand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Kaum glaublich, daß ein Mensch, der im Kriege selbst verwundet worden ist und der wissen mußte, was Verletzungen für Folgen haben können, wenn nicht sofort eingegriffen wird, so handeln konnte.

Der Händler Bippich fuhr am 27. November, wie üblich, mit seinem mit Gemüse beladenen Wagen von Berlin nach Rowawes. Etwa anderthalb Kilometer vor Wannsee erfaßte der Wagen den Knaben Heinz Drei und schleuderte ihn zu Boden. Der Händler schildert nun den Vorfall wie folgt: Er stieg aus, setzte den im Gesicht blutenden Jungen neben sich auf den Vordersitz, war aber kaum 300 Meter gefahren, als der Beriegt, der bisher ganz apathisch dagefessen hatte, plötzlich verlangte, das Auto zu verlassen. Er rebete ihm gut zu, der Junge ließ sich aber nicht beruhigen, und so half er ihm vom Auto herunter und fuhr weiter. In Rowawes meidete er den Unfall nicht bei der Polizei, sondern trank sich tüchtig ein an und wurde erst später am selben Abend noch von der Polizei verhaftet. Den Jungen fand man einige Stunden später hilflos auf der Straße liegen. Man brachte ihn mit schweren Verletzungen ins Hubertuskrankenhaus. Die verspätete ärztliche Hilfeleistung erschwerte die Heilung. Es lag die Gefahr einer Beinamputation nahe.

Der Kleine Heinz konnte über den Vorfall nichts aussagen; es fehlte ihm jede Erinnerung. Er behauptete mit der nötigen Vorsicht über die Strafe gegangen zu sein. Der Händler Bippich blieb dabei, daß der Knabe ganz plötzlich aufgelaucht sei. Er habe

Die Raiffeisen-Direktoren.

Beginn der Beweisaufnahme im Uralzoff-Prozess.

Uralzoff hat gebrocht: Ich werde auspaden. Er hat erklärt: Nicht ich, sondern die Raiffeisen-Direktoren gehören auf die Anklagebank. Und schon der erste Tag der Beweisaufnahme scheint seinem Anklagenpathos recht zu geben. Die deutschen nationalen Raiffeisen-Bankdirektoren kommen erst in den nächsten Tagen vor den Zeugenstuhl. Die Aussage des Angestellten der Raiffeisenbank, Zerbel, über die Vorgis dieser Bank in der Uralzoff-Affäre, war aber schon gestern für seine Chefs geradezu niederschmetternd. Unglaublich, wie sie mit den Sicherheiten umgingen, die sie für die an Uralzoff hingebenen Millionen erhalten hatten. Herr Zerbel hatte u. a. am 1. September 1924 die Sicherheiten geprüft, die in Form von Chemikalien im Werte von einer halben Million bei dem Hamburger Speiditeur Koch lagerten. 632 Kisten sollten es laut übergebenen Lagerchein sein. 106 waren zur Stelle. Was kann ich dafür, sagt Uralzoff. Es war Sache der Raiffeisenbank dafür Sorge zu tragen, daß die Sicherheiten unversehrt da waren. Es wurde eben bei dem Speiditeur Koch gestohlen. Tatsächlich ist so ein Beamter wegen Diebstahls entlassen worden.

und nahm den Mann mit der Blinddarmentzündung unter seinen persönlichen Schutz.

Meine Ankunft beim Regiment hatte sich herungesprochen, und so kamen Landsleute aus verschiedenen Kompagnien zu mir zu Besuch. Einer von ihnen rassisterte mich. Von ihnen erfuhr ich, daß der Dienst sehr schwer war und daß man bei den Offizieren und Feldwebeln nichts zu machen hatte. Nur in der sechzehnten Kompagnie gäbe es einen anständigen und wohlwollenden Kompagnieführer namens Tschajka, aber es werde mir kaum glücken, dorthin zu kommen.

Als ich mich nach der Entlassung aus dem Lazarett in der Regimentskassette meldete, erkannte der Adjutant mich nicht wieder:

„Aber der hatte doch damals so einen schauderhaften Bart, und jetzt sieht er aus wie ein junger Bergell!“

Ich fragte ihn, ob ich nicht zur sechzehnten Kompagnie kommen dürfte, ich hätte dort so viele Landsleute. Ohne weiteres erfüllte er meine Bitte.

Im sehr großen Hof des vierten Bataillons standen schmerzernde hintereinander vier hölzerne einstöckige Gebäude, die das Kasernenensemble der vier Kompagnien bildeten. Die Kaserne der sechzehnten Kompagnie war die äußerste und stieß an einen kleinen Garten, der bereits an die Straße grenzte. Im Innern waren die Räumlichkeiten nicht gegeneinander abgegrenzt, und die vier Züge waren zu je vier Korporalschaften auf die zweistöckigen Britischengestelle verteilt.

Die ganze Kompagnie hatte gerade Dienst. Ich sah am Fenster auf einer Bank und las die Anschriften auf den Kasernenwänden, in denen von früheren Siegen des Regiments berichtet wurde. Wenn auch nur ein Teil davon stimmte, so mußte das Regiment sich in der Tat unerhörte kriegerische Verdienste erworben haben. Als die Kompagnie einrückte, wurde ich zum Feldwebel in die Schreibstube befohlen. Er sah auf einem Schemel und hatte die Mühs ins Genid geschoben. Ein blonder, rosiges Mensch mit buschigem Schnurrbart und grauen Augen, ein typischer Feldwebel oder Wachmeister, ein geradezu klassischer „Schachmender“, wie beim Militär die Kapitulanten genannt wurden.

„Wo kommst du her? Wo warst du? Warum hast du dich so spät gestellt? Halte den Mund, wenn ich mit dir spreche!“

Er überschüttete mich mit einem Haufen von Fragen. Wolte ich aber antworten, so schrie er sofort:

„Schonauze halten! Was soll das Gequatsche?“

Als er mich nach meinem Heimatgouvernement, nach

meinem Familiennamen und Zivilberuf frage, wagte ich nicht zu antworten. Augenblicks wurde ich daraufhin angeschrien, weil ich den Mund gehalten hatte. Eine sonderbare Situation: offenbar verstanden wir einander nicht. Die Situation hätte einer Erklärung bedurft, aber wenn ich auch nur ein Wort zu sagen verfuhrte, so entfesselte ich damit einen Sturm der Entrüstung und verstummte abermals. Wie sollte man da miteinander ins Klare kommen?

Dieses erste Zusammentreffen mit dem Feldwebel war recht unangenehm, sogar für mich, der doch an allerhand gewöhnt und auf allerhand vorbereitet war. Indessen tröstete ich mich damit, daß ich ja nicht der einzige war, und daß der Umgangston des Feldwebels gegenüber den anderen wohl so ziemlich der gleiche sein würde. Als ich erst gehört hatte, wie der Feldwebel mit den Zugführern umging, die doch ebenfalls wie er selbst Portepeunteroffiziere waren, da begriff ich, daß man sich hier vor allem auf das Hinunterschlucken verstehen mußte, daß es offenbar nicht anders ging, und daß die Art, in welcher der Höherstehende sich über den Untergebenen lustig macht, sich leicht aus der Tradition erklären ließ, und diese Tradition wiederum war erwachsen auf dem Boden der Rechtfertigung des gemeinen Mannes und der Unmöglichkeit, den Beschwerdeweg zu beschreiten, obwohl es gesetzliche Bestimmungen über das Recht der Beschwerde gegen Vorgesetzte gab.

Geweckt wurde um drei bis vier Uhr morgens. Die schlaftrigen, noch nicht zu vollem Tagesbewußtsein erwachten Leute, die noch kaum die Augen offenhalten konnten, wurden über den ganzen Kasernenhof geholt, hin und zurück, damit ihnen endgültig der letzte Schlaf auf den Knochen gejagt wurde. Darauf begann der Dienst, Schießen, Gewehrgriffe, Turnen und dergleichen. Dazwischen gab es allerhand Aufkommandierungen zum Arbeitsdienst: zur Küche, zum Fegen des Hofes, zur Latrinereinigung und dergleichen.

Im Laufe des Tages wurde sehr oft gebetet. Morgens, vor dem Mittagessen, nach dem Mittagessen, vor dem Abendessen, nach dem Abendessen und vor dem Schlafengehen mußte laut im Chor gebetet werden. Gemeinam wurde das „Gott, sei dem Jaren Schuh!“ gesungen. Um neun Uhr, nach dem Appell, hätte man eigentlich schlafen gehen sollen, aber der Feldwebel zwang die Kompagnie von sich aus, noch allerhand Lieder zu singen. Er verammelte uns kreisförmig um sich, mitten in der Kaserne, und gab den Rhythmus durch Kopfbewegungen an.

(Fortsetzung folgt.)



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Am nächsten Morgen erklärte beim Verhandlungsdienst der Doktor ausführlich und geheimnisvoll mit allerlei medizinischen Fachausdrücken dem Sanitätsunteroffizier, auf welche Weise Rezidive solcher phlegmonartigen Entzündungen entstehen können.

In der Baracke nebenan lag ein Kranker mit Blinddarmentzündung. Sein Poch bestand ausserdem darin, daß der Arzt ihn vom Augenblick seiner Einlieferung an nicht ausstehen konnte. Stöhnend und jammernd hat der Patient immer wieder, man möchte ihn doch ein Urlaubsgesuch einreichen lassen, da er aus einer großen Stadt stammte, wo es eine Klinik gab. Aber der Doktor, der gerade vor seinem Bett stand, schrie ihn an:

„Rein, Bruder, damit hast du kein Glück. Entweder operieren wir dich hier oder du verreckst hier! Natürlich, der Kleine will zu seiner Mutter! Ich will dir die Mutter schon austreiben. Hör auf zu wimmern, bist doch kein altes Weib!“

Dieser Arzt, der zeitweise den Regimentsarzt vertrat, war ein brutaler, grober und fast immer betrunkenen Mensch, der sogar in Gegenwart der Sanitätsunteroffiziere damit renommierte, daß an ihm Hopfen und Malz verloren sei und er niemals hinter die eigentlichen Geheimnisse der Medizin kommen werde. Er entließ völlig ungeheilte Kranke zu ihren Truppen teilen, Kranke mit hohen Temperaturen, verwechselte Diagnosen und Arzneien und schimpfte wie ein Feldwebel. Gegen Ende meines Lazarettaufenthalts kam der Regimentsarzt Witschnowski vom Urlaub zurück, ein lemmisreicher, gewissenhafter und menschlich denkender Arzt. Streng im Gespräch mit den Patienten, war er in Wirklichkeit voller Teilnahme für jeden einzelnen und ließ sich nie etwas zuschulden kommen. Den geschicktesten Doktor Bewißki ließ er energisch abblitzen

beabsichtigt, ihn nach Wannsee ins Krankenhaus zu bringen, habe ihn aber auf sein eigenes Verlangen ausgeführt.

Die Aussage des Angeklagten wurde aber durch die Bernehmung des behandelnden Arztes widerlegt, bei dem der Junge mit zahlreichen Wunden im Gesicht und Knochenbrüchen an Arm und Bein eingeliefert wurde. Der Arzt hielt es für wenig wahrscheinlich, daß der Knabe allein vom Wagen gestiegen und auf der Chaussee gestanden habe. Die Eiterung sei wahrscheinlich dadurch entstanden, daß dem Jungen nicht sofort nach dem Unfall die Kleider entfernt wurden. In seinen Fieberphantasien habe das Kind immer wieder aufgeschrien: „Nicht schlagen, ich will auch nichts sagen.“

Das Gericht verurteilte den Händler Lippich wegen Auslieferung eines Menschen im hilflosen Zustande und weil er sich durch Flucht der Strafe entziehen wollte zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. Fahrlässige Körperverletzung, hieß es in der Urteilsbegründung, konnte dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Es erscheine nicht ausgeschlossen, daß der Junge durch eigene Schuld in den Wagen hineingelaufen ist. Für die sonstige Handlungsweise des Angeklagten gegenüber dem von seinem Wagen schwerverletzten Jungen fehle jedes menschliche Verständnis. Mildernde Umstände konnten ihm bei der Robheit der von ihm jutage gelegten Gefinnung nicht zubilligt werden.

Landstraßenterror.

Nazi-Wegelegerer stürzen sich auf Arbeiterjugend.

Ein Bericht, der uns aus Hohenschönhausen zugeht, zeigt das Ausmaß, das der nationalsozialistische Terror auf den Landstraßen angenommen hat.

Kindertrennungshelfer und Jungen und Mädchen der Arbeiterjugend von Hohenschönhausen machten über Ostern eine Fahrt nach Lüdersdorf im Kreise Angermünde. Am Karfreitag gegen Mittag kam ihnen zwischen Lüdersdorf und Neuendorf auf dem Wege nach Oberberg der Nazisturm 24 entgegen. Kaum wurden die Hitler-Leute der Wandernben ansichtig, als sie ein Schmähdied auf die Eiserne Front anstimmten. Die Provokation hatte keinen Erfolg, worauf die Nationalsozialisten ihre Marschkolonne so verbreiterten, daß die Angehörigen der Arbeiterjugend beiseite treten mußten. Ruhig wanderten unsere Jugendlichen weiter, aber kaum eine Minute darauf hörten sie hinter sich einen scharfen Kommandoton: „Los, ran!“ Sie drehten sich um, etwa zehn Nazis stürzten sich mit erhobenem Koppel auf sie. Sie machten febril, die Nazis stuyten, erhielten dann aber ein neues Kommando und stürzten wieder vor, um den Arbeiterjugenden Abzeichen und Kopfbedeckung abzureißen. Eine regelrechte Schlägerei wurde nur durch die Disziplin unserer Jugendgenossen verhindert. Als diese aber umkehren wollten, um in Lüdersdorf den Landjägermeister zu alarmieren, versperrten die Nazis die Chaussee.

Unsere Jugendgenossen zogen darauf nach Neuendorf weiter, um dem dortigen Landjäger den Ueberfall zu melden. Vergebliche Mühe! Der Beamte war nicht zu Hause, und ihn herbeizutelephonieren, war am Feiertag unmöglich. In Oberberg war weder ein Landjäger noch ein Angehöriger der städtischen Polizei zu finden. Nach dem Rückmarsch war auch in Lüdersdorf kein Landjäger anzutreffen. Inzwischen hatten die Nazis in einem Raubort unter dem Rufe „Straße frei“ auf Reichsbannerkameraden eingeschlagen; ein Reichsbannerkamerad mußte den Arzt aufsuchen. Endlich gelang es Einheimischen, den Lüdersdorfer und Neuendorfer Landjäger zu alarmieren. Aber bei der Bernehmung der Nationalsozialisten wurden die angegriffenen Parteigenossen nicht zugelassen. Bei ihrer Bernehmung aber konnten die Nazis dabei sein, um sich, tabakqualmend, die Personalien zu notieren. Trotz des Uniformverbots waren alle gleichmäßig in graue Militärmäntel mit Koppel und blauer Schirmmütze gekleidet.

Es ist höchste Zeit, diesem Landstraßenterror ein Ende zu setzen!

Die Verlegung des Friedrichshainer Hospitals.

Zur Verlegung des Friedrich-Wilhelms-Hospitals teilt das Bezirksamt Friedrichshain mit: Durch die Tagespresse sind in den letzten Tagen eine Reihe von Mitteilungen gegangen, die sich mit der Umwandlung des Friedrich-Wilhelms-Hospitals zum Bezirksamtsgebäude des Bezirks Friedrichshain befassen. Hierzu stellen wir, da die Notizen nicht frei von Irrtümern sind, folgendes fest: Die von der Stadt Berlin in Buch geschaffenen Anstaltsanlagen sind seit einiger Zeit unterbelegt. Von den zur Verfügung stehenden rund 2000 Betten sind nur zirka 600 besetzt. Bei einer solchen geringen Belegung müssen diese modernen, mit allen hygienischen Einrichtungen versehenen

Tragödie zweier Freundinnen.

Aufklärung des Doppelselbstmordes im Müggelsee.

Der Leichensfund im Müggelsee, unweit des Restaurants „Müggelschlößchen“, hat sich nach den letzten Ermittlungen der Kriminalpolizei als die Tragödie zweier Freundinnen herausgestellt. Die Toten sind die 17 Jahre alte Anneliese Stiebel aus der Gartenstraße 105 und die 19 Jahre alte Gerda Werner aus der Hochmeisterstraße 28.

Die beiden Mädchen waren in einem Berliner Warenhaus angestellt. Eine enge Freundschaft verband die jungen Geschäftskolleginnen, und in ihrer freien Zeit waren sie häufig beisammen. Am 4. Dezember vorigen Jahres verließen beide in den Morgenstunden wie gewöhnlich die Wohnungen ihrer Eltern, um sich an ihre Arbeitsstätte zu begeben. Nach Geschäftsschluß wurden die Freundinnen zum letztenmal gesehen, als sie gemeinsam die Straße entlang gingen. Von diesem Zeitpunkt an fehlte von Gerda Werner und Anneliese Stiebel jede Spur. Schon am nächsten Tage wurden sie von ihren Angehörigen als vermißt gemeldet. Niemand war etwas über ihren Verbleib zu entdecken, bis gestern Ausschüßler zwei Leichen im Müggelsee entdeckten, die sich später als die seit Dezember Vermissten herausstellten.

Das Motiv zur Tat ist ungeklärt. An dem verhängnisvollen 4. Dezember fuhren sie offenbar nach Friedrichshagen hinaus, banden ihre Körper mit einer Wäscheleine zusammen und ließen sich vermutlich in der Dunkelheit von einem Dampferriegel ins Wasser fallen. Die starke Eisdecke, die sich bald über den ganzen Müggelsee erstreckte, verhinderte das Hochtreiben der Leichen.

In der Tasche des einen Mädchens wurden Briefe und Photos gefunden, die von befreundeten jungen Männern herzugehört scheinen.

Einsam gestorben?

Rätselhafter Tod zweier alten Leute.

Die 2. Reservemordkommission wurde gestern abend nach der Kremmener Straße 2 alarmiert, wo in ihrer Wohnung die 65 Jahre alte Frau Emmi Heim und ihr um sieben Jahre älterer Vetter Wilhelm Schlaak, mit dem sie seit Jahren zusammen wohnte, tot aufgefunden wurden.

Ein Verbrechen kommt nach den bisherigen Ermittlungen nicht in Frage, vielmehr scheint es, daß Frau H. einem Herzschlag erlegen ist und der alte Mann vor Aufregung über den Tod seiner Alterskameradin einen tödlichen Schlaganfall erlitten hat. Für die Vermutung, daß die alten Leute den Tod durch Kohlenoxydgase gefunden haben, hat sich bisher kein Anhaltspunkt ergeben. Seit Karfreitag hatten Hausbewohner von Frau Heim und Schlaak nichts mehr bemerkt. Als sich auch heute noch immer nichts in der Wohnung regte, schöpften die Leute Verdacht und benachrichtigten die Polizei. Als die Beamten gewaltfam eindrangten, fanden sie Frau Heim in der Küche auf einem Stuhl leblos vor. Vor ihr kniete Schlaak; auch er war tot. Sein Kopf lag auf dem Schoße seiner Kusine. Nach dem ersten ärztlichen Untersuchungsbefund sind beide eines natürlichen Todes gestorben.

Ein Tiger-Löwe im Zoo.

Das Kind eines Tigers und einer Löwin ist jetzt in die Raubtierfamilie des Berliner Zoologischen Gartens gekommen. Es sieht, abgesehen von den Streifen, die es im Fell hat, einer Löwin sehr ähnlich. Derartige Bastarde sind schon des öfteren gezogen worden, doch war bislang im Berliner Zoo noch nie ein solches Tier zu sehen. Der Neuentkümmling ist nicht nur ein prächtiger, sondern auch ein mächtiger Bursche. Er hat ein tadelloses Gebiß, das er, weil ihm hier alles fremd ist, schon des öfteren gefährdend zeigte. Seine Laut hat man bislang noch nicht von ihm gehört, und gerade darauf ist man gespannt, denn er ist ein halber Tiger und ein halber Löwe und von Geburt Sache — er kam im Zoologischen Garten in Dresden zur Welt.

Um den Kindern eine besondere Freude zu bereiten, sind an den Eingängen des Zoos Osterkammern und Ziegen und Kaninchen ausgestellt. Die Kinder dürfen die Lämmchen, die weißen so wohl wie die schwarzen, anfassen und streicheln und die Kaninchen sogar auf den Arm nehmen.

Ueberfall auf einen Kellner.

In der Nacht zum Mittwoch wurde auf den 66 Jahre alten Kellner August Kolbe aus der Schweidnitzer Straße in Wilmsdorf ein gemeiner Raubüberfall verübt. Als K. gegen 3 Uhr heimkehrte, traten ihm kurz vor seinem Hause zwei junge Burschen entgegen; beide schlugen sofort auf den alten Mann ein und drohten ihm durch einige gutgezielte Boxhiebe zu Boden. Vergeblich versuchte Kolbe sich seiner Angreifer zu erwehren und im Handgemenge biß er einem der Wegelegerer in die rechte Hand. Die jugendlichen Banditen raubten dem Wehrlosen 45 M. Silbergeld und stüchteten mit der Beute. Als auf die Hilferufe des Ueberfallenen Passanten aufmerksam wurden, waren die Täter bereits über alle Berge.

Die Pfeife kommt wieder zu Ehren.

Die Tabakspfeife, die bis in die Nachkriegszeit ein unbedingtes Attribut des Mannes war, kam später durch Zigarre und namentlich Zigarettens aus der Mode. Die neueste Preissteigerung der Tabakerzeugnisse, die bis zu 25 Proz. beträgt, bringt nun im Verein mit der allgemeinen Wirtschaftsnote die alte Pfeife wieder zu Ehren. Im letzten Monate wurden in der Tschchoslawatei um 45 000 Kilogramm Pfeifentabak mehr angeprochen als im Vorjahre, während der Zigarettenkonsum zurückgeht. Eine Entwicklung, die auch in Deutschland zu beobachten ist.

Die Wache der Berliner Schutzpolizei am Brandenburger Tor wird heute wieder durch die Linden mit Ruß aufmarschieren. Der Weg geht um 12.30 Minuten von der Polizei-Unterkunft Staatsminister Orzeszinski in der Friedrich-Karl-Straße durch die Universitätsstraße, über die Mittelpromenade Unter den Linden zum Brandenburger Tor. Die Bereitschaft nimmt denselben Weg zurück.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Die von allen Spielern mit größter Spannung verfolgte Haupt- und Schlussziehung der 38. (264. Lotterie ist am 14. März beendet worden. Die neue 39. (265.) Lotterie erhält insofern einen besonderen Reiz, als außer den planmäßigen Gewinnen im Anschluß an die Ziehung 5. Klasse noch 100 Extraprämien zu je 3000 Reichsmark ausgelost werden. Die Ziehung 1. Klasse findet am 22. und 23. April statt. Für die bisherigen Spieler werden die gehaltenen Lose bis zum 29. März aufbewahrt. Es wird empfohlen, bis zu diesem Tage die neuen Lose bei dem zuständigen Lotterieverwalter abzuholen oder ihnen jedenfalls mitzuteilen, daß die Lose weitergespielt werden, wenn auch deren Bezahlung erst später vor Beginn der Ziehung erfolgt.

Verlegung der Sparkasse 8 der Stadt Berlin. Die Sparkasse 8 der Stadt Berlin befindet sich ab Freitag, 1. April 1932, in neuen Geschäftsräumen, Berlin N. 65, Triftstr. 9. Die Kasse ist wie bisher über E. 2 Kupfergraben 0022 (Sammelnummer) fernmündlich zu erreichen.

25jähriges Dienstjubiläum. Am 1. April 1932 begehrt der Gehelme Medizinalrat Professor Dr. Borchardt, der ärztliche Direktor des Krankenhauses Moabit, sein 25jähriges Dienstjubiläum. Das Bezirksamt Tiergarten hat dem Jubilar seine Glückwünsche ausgesprochen.

Neueinstellungen bei den Reichsstoffwerken. Die reichseigenen Stickstoffwerke in Pleschitz bei Magdeburg, die im November ihren Betrieb wegen Anbahnung zu großer Lagerbestände und anhaltender Abschreibungen geschlossen hatten, werden jetzt die Arbeit wieder aufnehmen. Es ist in der Zwischenzeit gelungen, die Lagerbestände bis auf 1300 Tonnen abzuführen. Es können durch die Wiederaufnahme des Betriebes zu einem 500 Arbeiter wieder eingestellt werden und außerdem wird das gleichfalls reichseigene Großkraftwerk Hohnowitz, das als Stromlieferant von den Pleschitzer Stickstoffwerken stark abhängig ist, eine Anzahl Neueinstellungen vornehmen.

Anstalten unwirtschaftlich arbeiten. Die mit großen Kosten geschaffenen mustergültigen Anstalten in Buch müssen daher im Interesse der steuerzahlenden Bürgerschaft möglichst voll ausgenutzt, d. h. die vorhandenen Betten müssen ihrer Anzahl entsprechend voll belegt werden. Zu erreichen ist das aber nur durch eine Auflösung überalterter, den gesundheitlichen Forderungen der Zeit nicht mehr entsprechenden Anstalten. Zu diesen Anstalten gehört nach der Ansicht des Magistrats auch das seit mehr als 80 Jahren bestehende Friedrich-Wilhelms-Hospital. Vom Bezirksamt Friedrichshain sind weder Schritte unternommen, noch sind Anträge gestellt worden, dieses Gebäude als Bezirksamtsdienstgebäude zu erhalten. Entscheidend für den Beschluß des Magistrats war lediglich die Frage der Wirtschaftlichkeit.

Flugopfer der Wüste.

Schweizerischer Präsident des Völkerbunds auschusses tödlich verunglückt.

Bagdad, 30. März.

Nach einem hier eingegangenen Funkpruch ist das französische Verkehrsflugzeug der Strecke Damaskus-Bagdad, während es die Wüste, wahrscheinlich in nur geringer Höhe überflog, von einem Sandsturm überrascht worden und etwa 300 Kilometer von Bagdad entfernt gegen einen Hügel gestochen und zertrümmert. Die drei Insassen, der Pilot, der französische Mechaniker und Oberst de Reynier, der schweizerische Präsident des Völkerbunds auschusses, der den genauen Verlauf der Grenze zwischen dem Irak und Syrien festsetzen soll, wurden getötet. Der eingeborene Chauffeur eines Autobusses, der die Trümmer des Flugzeuges entdeckte, benachrichtigte die Behörden von Rutba, die sich sofort nach der Unglücksstätte begaben. Ein Militärflugzeug wird die Leichen nach Bagdad bringen.

Die Ausfähigen sind los!

Ausbruch von Leprafranken in Spanien.

In dem Lepra-Krankenheim von Fontilles bei Denia am Kap de la Nau, an der mittleren Ostküste Spaniens, kam es zu einem Ausbruch der Ausfähigen. Die Kranken überwältigten die das Heim leitenden Nonnen und entflohen. Allen Menschen, die ihnen begegneten, fielen sie um den Hals und küßten sie. In der Bevölkerung entstand eine allgemeine Panik. Alles flüchtete vor den Kranken und es gelang erst mit vieler Mühe, sie wieder einzufangen.

Theoretische und praktische Rassenhygiene.

„Wohlfahrtspflege und Eugenik.“

Das Ziel der Eugenik ist, die Entstehung lebensunwerten Lebens nach Möglichkeit auszuschalten. Daß sie dadurch auch zu einer Entlastung der Wohlfahrtspflege zu führen vermag, ist einzusehen; die Fortpflanzung einer in körperlicher oder geistiger Beziehung krankten Erbmasse bedeutet ja nicht nur eine Belastung für die unmittelbar betroffene Familie, sondern in vielen Fällen auch für die Allgemeinheit, der solche minderwertigen Nachkommen häufig als dauernd Sieche oder als Verbrecher zur Last fallen.

Aber: hilft dagegen wirklich volkstümliche Aufklärung über die Bedeutung der Eugenik? In Einzelfällen hat sie sicher Wert. Soweit sie in die Volksschichten vordringt, in denen Kulturwille lebendig und noch eine einigermaßen gesunde wirtschaftliche Lebensbasis vorhanden ist, wird man ihr Verständnis entgegenbringen. Doch das eigentliche eugenische Problem fängt ja erst jenseits dieser Bevölkerungsschichten an. Das lehrt Professor Dr. Hermann Muckermann in seinem Rundfunkvortrag über „Wohlfahrtspflege und Eugenik“ so gut wie ganz aufsech acht. Denn die Feststellung, daß gesündere soziale Verhältnisse und vor allem Schutz von Mutter und Kind hier die Basis für jede Eugenik erst schaffen müssen, könnte höchstens in dem Sinne praktisch gewertet werden, daß man sie als Verneinung aller beachtenswerten eugenischen Möglichkeiten in der Gegenwart deuten könnte.

Professor Dr. Muckermanns Ausführungen, so sehr sie auch um praktische Formulierungen bemüht waren, blieben im Grunde bloße theoretische Feststellungen. Die Mehrzahl der auf Grund ihrer Erbanlage Siechen, Geisteskranken und Verbrecher, deren Unterhaltungskosten ganz oder teilweise von der Allgemeinheit getragen werden müssen, stammt sicher nicht aus Volksschichten, die für eugenische Belehrung aufnahmefähig sind und denen man diese Aufnahmefähigkeit auch nur zumuten könnte. Denn hat es etwa Sinn, wenn zwei Proletarier darum auf die Eheschließung miteinander

verzichten, weil in der Familie des einen Teils Geisteskrankheit erblich ist, wenn die gesamten Lebensverhältnisse so sind, daß der erbgelungene Teil auf jeden Fall sieche oder tuberkulöse Kinder zu befürchten hat? Wird eugenische Volksbelehrung nicht dort zu einem Hohn, wo ganze östliche Industriegebiete durch seit Generationen wirkendes unbeschreibliches wirtschaftliches Elend verflucht sind, oder wo in großstädtischen Proletarierquartieren geistiges und körperliches Siechtum sich in Schicksalsgemeinschaften vererbt? Hier ist Eugenik nötig, allerdings eine, von der Professor Muckermanns Vortrag nicht wachte: Eugenik, die nicht in erster Linie sich als sittliche Pflicht gegen die Volksgemeinschaft darstellt, sondern als Menschenrecht der einzelnen. Professor Muckermann bekannte sich in seinem Vortrag ausdrücklich dazu, daß in jedem Falle das noch ungeborene Kind geschützt werden müsse. Mit der Anerkennung der sozialen Indebition für den künstlichen Abort — die ja für den menschlich empfindenden Arzt in allen entsprechenden Fällen mindestens eine unerlässliche hygienische sein wird — beginnt aber in der Praxis jede wirkliche Eugenik. Das ist der erste, unerlässliche Schritt, um lebensunwertes Leben zu verhüten, Mutter und Kind wirklich zu schützen, die Wohlfahrtspflege zu entlasten. Die Erziehung zu notwendiger Schwangerschaftsverhinderung stört zu der im Interesse der Gesundheit der Mutter nie wünschenswerten Schwangerschaftsunterbrechung ist der zweite Schritt. Aber er läßt sich nur dort tun, wo das Elend die Menschen nicht zu sehr abgestumpft hat — und vor allem, wo die Mittel zu dieser Verhinderung beschafft werden können.

Erfst auf solcher Grundlage kann Eugenik für die Volksmasse Bedeutung erlangen. Es ist ganz natürlich, daß dann, wenn der Wille das Kind werden läßt, dieses Kind auch von den Eltern geistig und körperlich gesund gewünscht wird, und daß die künftigen Eltern infolgedessen jeder eugenischen Belehrung dankbar zugänglich sind. Solange aber in weiten Kreisen jedes Neugeborene als unerträgliche Belastung empfunden werden muß, ist in ihnen für solche Belehrung begrifflicher Weise kein Verständnis vorhanden.

FORMAN GEGEN SCHNUPPEN
IN APOTHEKEN, WIDDERGEBEN DOSE 004

Reich gegen Oberhüttenfabrikation.

Der öffentliche Einfluß wird gesichert. — Von der kleinen zur großen Lösung.

Das Reichskabinett hat sich jetzt endlich gegen die Quertreibereien der privaten Großaktionäre des Oberhüttenkonzerns entschieden. Die Balleström-Gruppe versuchte, die Verluste restlos auf die öffentliche Hand abzuwälzen, den öffentlichen Einfluß auf das Unternehmen auszufalten und sich selber auf Kosten der öffentlichen Hand noch mehr zu bereichern als bisher. In Denkschriften und Aufsätzen hat man es so dargestellt, als ob die selbstverständliche Forderung der Sicherung der öffentlichen Einflüsse nach vorangegangenen Opfern nur ein staatskapitalistischer Vorstoß Preußens auf Kosten der Privatwirtschaft wäre. Nachdem Reich und Preußen den Oberhütten bereits durch Zinseszins eine Subvention von 20 Millionen Mark gewährt haben, nachdem nunmehr in erster Reihe durch Mißwirtschaft eine neue einschneidende Sanierung mit einem weiteren Kapitalverlust der öffentlichen Hand von 19 Millionen Mark nach dem Sanierungsplan erforderlich wird, war es eine Selbstverständlichkeit, daß die öffentliche Hand für diese großen Opfer und die weiter dem Unternehmen überlassenen 18 Millionen Mark eine Einflußnahme und Mitverwaltung verlangte.

Das Reich hat sich jetzt, wie man erwarten mußte, in einem Kabinettsbeschluss grundsätzlich auf den Boden des von Reich und Preußen gemeinsam ausgearbeiteten Sanierungsplans gestellt.

Der Sanierungsplan ist zwar so gestaltet, daß eine Majorisierung der öffentlichen Hand durch Balleström ausgeschlossen sein soll. Dagegen legt die vorgesehene Regelung der öffentlichen Hand außerordentlich große Opfer auf und gewährt privaten Großaktionären schwer zu rechtfertigende Vergünstigungen.

Die Situation liegt bekanntlich so, daß im Konkurs die Aktionäre alles verlieren würden und obendrein Balleström noch für die Bürgschaftsverpflichtungen bis zu 8 Millionen Mark in Anspruch genommen werden könnte. Die öffentliche Hand würde allein schon auf Grund ihres Pfandrechtes ohne besondere Opfer das Wertvermögen des Reichs und Preußens auf 18 Millionen Mark verzichten und die Großaktionäre sollen andererseits kostenlos 4 Millionen Mark Aktienkapital erhalten. Der Balleström-Konzern erhält für seine Gruben das wertvolle Betriebsrecht für die Hüttenbetriebe, bringt aber seinerseits den Grubenbesitz nicht in die neue Kombination mit ein.

Die Stellungnahme des Haushaltsausschusses.

Berücksichtigt man diese ungleichartige Behandlung der öffentlichen absolut beschützten Gläubiger auf der einen Seite, die privaten noch zu Zuschüssen verpflichteten Aktionäre andererseits und berücksichtigt man noch ferner die Tatsache, daß bei der ungünstigen Standortlage die Eisenbetriebe einen Ertragsausgleich durch die Gruben

kaum rentabel gestaltet werden können, so wird verständlich, daß die parlamentarischen Kontrollinstanzen des Reichstags auch gegenüber dem vom Reich jetzt grundsätzlich akzeptierten Sanierungsplan noch ernste Bedenken hegen. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat nach eingehenden Beratungen in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß er in dem vorliegenden Vorschlag der Reichsregierung noch keine ausreichende und dauernde Sanierung der oberhüttenwirtschaft sehen kann, daß hierfür vielmehr nur die Möglichkeit in einer Zusammenfassung und engeren Verbindung der Gruben- und Eisenbetriebe gegeben ist; er hat an die Regierung die Aufforderung gerichtet, eine derartige Lösung in den Verhandlungen anzustreben.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Konsolidierung und Befestigung der weit überlehten oberhüttenwirtschaft nur auf dieser Grundlage erreicht werden kann und daß der finanzielle Zusammenbruch von Oberhütten und Borsig umfassende Reorganisationsmaßnahmen zur Erhaltung der oberhüttenwirtschaft unerlässlich machen. Die verantwortlichen Stellen sollten daher mit aller Energie auf dieses Ziel hinarbeiten.

Zusätzlich ist durch die Beschlüsse der Reichsregierung und des Haushaltsausschusses festgestellt, daß seitens der öffentlichen Hand das Höchstmaß von Opfern erreicht, wenn nicht überschritten ist. Ziel zu lange ist die endgültige Bereinigung schon hingenommen worden. Oberschlesien kann und soll nicht mehr warten. Für die kleinere Lösung war der Rahmen bereits abgesteckt. Unverzüglich ist klarzustellen, ob sich nicht sofort auch eine Gesamtlösung verwirklichen läßt.

Millionenverlust englischer Großreederei Hoffnungen auf die britische Reichskonferenz.

Die Cunard Line in Liverpool, eine der bedeutendsten Großreedereien Englands, schließt das Jahr 1931 mit einem hohen Millionenverlust von über 553.000 Pfund Sterling ab. Schon in dem noch verhältnismäßig günstigen Schiffahrtsjahr 1930 wurde nur ein knapper Reingewinn erzielt.

In dem Jahresbericht wird besonders nachdrücklich auf den scharfen Rückgang des atlantischen Passagierverkehrs bei fast völliger Einstellung des Auswandererverkehrs hingewiesen. Der Frachtverkehr sei auf sämtlichen Weltlinien kostenlos. Zwar hat sich der Verkehr von Australien nach England infolge des australischen Währungssturzes belebt, aber bei der scharfen Schrumpfung des englischen Exports mühen die Schiffe häufig leer nach Australien ausfahren. Von der be-

vorstehenden britischen Reichskonferenz in Ottawa erwartet die Verwaltung eine allgemeine Belebung des Seeverkehrs zwischen den Ländern des britischen Imperiums.

Staatshilfe für Kreuger-Bank.

Heute wird der Beschluss des schwedischen Reichstags erwartet. — Beruhigung an den Börsen.

Der ungünstige Eindruck, den der vorläufige Sachverständigenbericht über die Lage des Kreuger-Konzerns in der ganzen Welt hervorgerufen hat und der sämtliche Kreuger-Werte plötzlich um ein Drittel bis die Hälfte ihres Kurswertes stürzen ließ, hat die schwedische Regierung zu Stützungsmaßnahmen veranlaßt.

Zunächst wird die mit dem Kreuger-Konzern, besonders der Ericson-Telephon-Gesellschaft verbundene Scandinaviska Kredit A. S., eine der größten schwedischen Banken, ähnlich wie es in Deutschland mit den Großbanken geschah, durch Staatsgelder gestützt. Um die Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen, gewährt der schwedische Staat der Bank eine verzinsliche Anleihe von 100 Millionen Kronen, übernimmt Werte der Bank von 114 Millionen Kronen und veranlaßt die übrigen Banken, der Scandinaviska Kredit A. S. noch 40 bis 50 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen. Man erwartet schon heute die Annahme der Regierungsvorlage im schwedischen Reichstag und die schnelle Verabschiedung in beiden Kammern.

Der heute tagende Ratrat beschließt auch über die Verlängerung des am 14. März gewährten Zahlungsmoratoriums für die Hauptgesellschaften des Kreuger-Konzerns bis Ende April, die von den Beauftragten des Kreuger-Konzerns bei der Regierung beantragt worden ist.

Auf der Stockholmer und den internationalen Börsen hat die Ankündigung der Staatshilfe für die Scandinaviska Kredit A. S. sofort beruhigend gewirkt, so daß die Werte des Kreuger-Konzerns bei großen Umsätzen und großer Kaufkraft beträchtliche Kurssteigerungen aufwiesen.

Ab 12. April wieder Börsenkurse.

Bisher gab es in der Bursenstraße zwar schon wieder einen Börsenhandel, die Feststellung und Veröffentlichung von Börsenkursen war aber noch verboten. Nachdem das preussische Handelsministerium kürzlich gegen die Feststellung und Veröffentlichung von Kursen nichts mehr einwenden zu wollen erklärt hat, beschloß der Berliner Börsenvorstand gestern, am 12. April die amtliche Kursfeststellung wieder aufzunehmen. Zur gleichen Zeit wird die Regierung auch das Verbot der Kursveröffentlichung wieder aufheben. Der Kurszettel wird nach dem April sehr viel kleiner als früher sein, da etwa ein Drittel der Werte ausfällt. Auch die Kurse der festverzinslichen Papiere werden veröffentlicht, doch streitet man sich noch darum, ob das täglich oder nur dreimal in der Woche geschehen soll.

GARBÁTY

GOLD SABA

CIGARETTEN
m/Gold

Statt 4 Pf. jetzt 3 1/3 Pf.

Sie kommt wieder!

Die berühmte „Gold Saba“ von Garbáty nach dem alten Original-Rezept wird wieder fabriziert, Sie weist drei Verbesserungen auf:

1. neue Packung 2. stärkeres Format 3. herabgesetzter Preis.

Wir haben uns jetzt zur Wiederaufnahme der Fabrikation der „Gold Saba“ entschlossen, weil es uns nach monatelangen Versuchen gelungen ist, in der **Humidor-Mischer-Packg.** eine völlig luftdichte Fabrikverpackung zu schaffen, die dem Raucher die Frische, Milde und Weichheit der berühmten „Gold-Saba“-Mischung unverändert erhält.

Extra starkes „Gold-Saba“ ist ab 1. April in allen guten Zigarrengeschäften erhältlich. **Agypter-Format**

Ein Handwerkerbrief aus dem Osten

„In meiner Not als Handwerker in der Stadt Stolp“

Von einem Stolper Handwerksmeister erhalten wir folgenden Rat, der von den traurigen Folgen der letzten Diktationsaktion und deren Mißbrauch durch die Gutsbesitzer Zeugnis ablegt:

„In meiner Not als Handwerker in der Stadt Stolp in Pomern möchte ich mich einmal an Sie wenden in der Hoffnung, daß Sie meine Worte richtig verstehen werden und daß Sie vielleicht in der Lage sind, durch Ihre Zeitung oder durch einen Ihrer Abgeordneten im Reichstage unserer Not hier Abhilfe zu verschaffen und die Angelegenheit in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Durch das Sicherungsverfahren, in welches die meisten Güter des Kreises Stolp eingetreten sind, ist

ein furchtbarer Zustand bei uns entstanden, so daß das Geschäft jetzt in unserer Stadt völlig still steht.

Wir bekommen von den Gütern, die im Sicherungsverfahren sind, keinen Pfennig unserer Rechnungen bezahlt, so daß wir nicht wissen, wie wir unsere Lieferanten bezahlen sollen, die uns schon mit Pfändung drohen und wir kaum noch das Geld haben, auch nur unseren notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ich habe über die Sache auch oft mit meinen Kollegen gesprochen, und wir sind alle der Meinung, daß auch viele Güter ins Sicherungsverfahren gegangen sind, die bisher noch ganz gut gestanden haben und zu denen man noch Vertrauen hatte, nur um ihre Schulden nicht zu bezahlen.

Wir Handwerker und Gewerbetreibenden empfinden es als ein unbeschreibliches Unrecht, daß viele Besitzer, die im Sicherungsverfahren sind, noch recht gut leben, mit Diener, Kammerfrau und mehreren Mädchen, während sie behaupten, auch nicht einen Pfennig ihrer Rechnungen bezahlen zu können, so daß wir dadurch in die größte Not geraten sind. Die Gutsbesitzer geben für ihren Lebensunterhalt und Aufwand noch viel zusehendes Geld aus, und sie könnten noch viel sparen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn ein Besitzer hier im Kreise, der 20 000 Morgen in mehreren Gütern hat, unter Sicherungsschutz geht und mit Chauffeur, Auto und Diener weiter leben kann und nichts bezahlt, so ist das mehr als unerhört. Für die Grafen wird alles getan und wir Kleinen müssen fast verhungern mit unseren Familien.

Warum werden nicht die überschuldeten Güter, deren Besitzer immer großzügig gelebt haben und als große Herren aufgetreten sind, zu Siedlungen, nach denen hier im Kreise große Nachfrage ist, mit Staatshilfe aufgestellt? Dann könnten die Schulden bezahlt werden, viele Menschen fänden wieder Arbeit und Brot und Handel und Wandel kämen wieder in Gang.

Es aber bleibt alles stehen und die Arbeitslosen nehmen täglich zu. Die Siedler mühten bei der jetzigen schlechten Zeit auch besser in der Wirtschaft durchzukommen als die jetzigen Besitzer, da die Siedler viel sparsamer leben, alles selbst arbeiten und jeden Pfennig in die Wirtschaft stecken.

Die Besitzer, die unter Sicherungsschutz sind, dürften unserer Ansicht nach nicht viel besser in ihrer Lebenshaltung gestellt werden als die Kleinrentner in der Stadt, da beide aus Staats- und Steuergeldern unterstützt werden. Die Besitzer wollen nur mit diesen Geldern ihre Güter umschulden und dadurch dieselben für sich erhalten, während wir alle kaputt gehen, wenn der Sicherungsschutz längere Zeit bestehen bleibt. Wir haben schon in der Inflationszeit unser Geld damals restlos verloren, während es den Gutsbesitzern sehr gut ging, denn für einen Zentner Roggen bekam man damals viel zu kaufen, und sie ihren Besitz und ihr Vermögen erhalten haben. Jetzt soll es wohl so ähnlich, aber mit anderen Mitteln gemacht werden.

Schon durch die Zinsherabsetzung für die achtprozentigen landwirtschaftlichen Zentralgoldpfandbriefe auf 6 Proz. haben die Gutsbesitzer eine große Erleichterung erfahren, während die Besitzer der Goldpfandbriefe die Leidtragenden sind. Auch diese Maßnahme hat in unseren Kreisen sehr viel böses Blut gemacht und wird als Ungerechtigkeit betrachtet. Manche meiner Kollegen haben das Wenige, was sie gespart hatten, in Goldpfandbriefen für sich und ihre Kinder angelegt, und jetzt sehen sie sich schon in den Zinsen betrogen. Diese Papiere sind gerade von den kleinen Leuten gekauft worden, da die Spartassen sie empfohlen haben. So wie es gemacht worden ist, ist es nur eine einseitige Bevorzugung der großen und Ungerechtigkeit der kleinen Goldpfandbriefbesitzer; Treu und Glauben sind so zerstört worden. Wir müssen ja alle glauben, daß wir weiter betrogen werden sollen! Wenn überhaupt hier nicht bald etwas wirklich Praktisches geschieht, gehen wir alle in kurzer Zeit kaputt, denn die jetzigen Zustände kann keiner von uns lange aushalten.“

Versteckte Hypothekbank-Gewinne.

Der peinliche Zwang zur Bilanzklarheit.

Der jetzt veröffentlichte Jahresabschluss der Rheinischen Hypothekbank A.-G. in Mannheim, liefert einen weiteren Beweis für die Notwendigkeit der Aktienrechts- und Bilanzreform. Allgemein verfaßt sich der Eindruck, daß besonders bei den Bilanzen der Hypothekbanken in den vergangenen Jahren Verwickelungsmethoden Platz gegriffen hatten, die der Öffentlichkeit jeden Einblick in die wirklichen Vermögensverhältnisse verwehrten.

Die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark arbeitende Rheinische Hypothekbank nimmt für 1931 eine künstliche Senkung ihrer Dividende von 10 auf 6 Proz. vor. Der Reingewinn beträgt im Vorjahr rund 3 Millionen Mark, würde also einer Dividende von etwa 16 Proz. entsprechen. Es werden aber nur 800 000 M. für ein „Wertberichtigungskonto“ abgezweigt, ferner weitere 800 000 M. für weitere Rückstellungen verwendet, so daß von dem Reingewinn nur ein Bruchteil, nämlich 585 000 M. für die Dividendenzahlung übrig bleiben. Schließlich ist man auch in den Kreisen des privaten Hypothekbankkapitals dem Kreisjahre 1931 eine niedrigere Dividende schuldig.

Der Zwang zur Bilanzklarheit wird bei der Vermehrung mehr als peinlich empfunden. Man hat sich genötigt gesehen, den für die Geschäftszustände bei Hypothekbanken unverständlich hohen Posten Kreditoren (Schulden) klarzustellen, und es ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß dieser Bilanzposten von 11,6 auf 1,89 Millionen Mark zusammengeschrumpft ist. Das heißt, daß unter den bisher mit 11,6 Millionen ausgewiesenen Schulden mehr als 10 Millionen Reserven versteckt waren. Kennzeichnung für die Reservenanhäufung bei dem Unternehmen ist auch

die Tatsache, daß allein die offenen Reserven jetzt über 12,4 Millionen Mark hinausgehen, während das zur Zeit umlaufende Kapital noch nicht 10 Millionen erreicht. Die merkwürdigen Buchungen, mit denen in der vorliegenden Bilanz den offenen Reserven weitere 2,4 Millionen zugeführt wurden und die gleichfalls unübersichtlichen hohen Abschreibungen auf die eigenen Aktien, stehen im Widerspruch zu der Bilanzreform und bedürfen auf der Generalversammlung dringend der Klärung. Es bliebe dem Gesetz hohen sprechen, wenn man unter dem Zwang, versteckte Gewinne aufzulösen, neue Verstecke in der Bilanz schafft.

Der Umlauf an Goldpfandbriefen wird mit 314,71 gegen 296,64 Millionen im Vorjahr angegeben, der Umlauf an Kommunalobligationen auf 29,95 gegen 29,8 Millionen. Demgegenüber betragen die Hypothekendarlehen 315,7 gegen 303,4 Millionen und die Darlehen an Kommunen 35,3 gegen 34,9 Millionen Mark. — Die Gehälter der drei Vorstandsmitglieder betragen 200 000 M., also rund 70 000 M. je Kopf.

Die Preisentung für Tabakwaren.

Nachdem von der Zigarettenindustrie die für Markenartikel auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgesehene Senkung von 10 Prozent vorgenommen worden ist, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung keine Veranlassung gesehen, weitere Maßnahmen zur Senkung der Zigarettenpreise durchzuführen. Die Nachprüfung der Preise für Zigaretten durch den Reichskommissar für Preisüberwachung hat ergeben, daß durchweg bei gleicher Qualität die Preise erheblich gesenkt worden sind, so daß ein Eingreifen durch den Reichskommissar für Preisüberwachung nicht erforderlich wurde. Da die bei Rauchtobak bestehende Preisbindung auf Grund der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehoben worden ist, weil die zehnprozentige

Preisentung nicht durchgeführt wurde, soll nun Seiten des Reichskommissars für Preisüberwachung nicht eingegriffen werden, weil die Entwicklung der Preisentung auf dem freien Markt weiter abgemerkt werden soll.

Die Reinigung bei Schultheiß.

Die Zementbeteiligungen werden verkauft.

Die Gesundung des Schultheiß-Konzerns soll in erster Linie durch Abstoßung wesenfremder Betriebe herbeigeführt werden. Dazu liegt die Mitteilung vor, daß die Aktienbeteiligungen an der „Bereinigte Portland-Zement- und Kalkwerke Schindler, Silesia und Braunsdorf A.-G.“, die den wichtigsten Bestandteil des norddeutschen Zementkartells darstellt, verkauft worden ist. Es handelt sich um 4,5 Millionen bis 5 Millionen des 15 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Silesia-Gesellschaft. Schultheiß dürfte insgesamt etwa 10 Millionen von den 15 Millionen Aktien besitzen haben. Käufer ist ein Konsortium, dem eine Anzahl norddeutscher Zementfabriken sowie schlesische Braunkohlen- und Kanton-Unternehmen angehören. Zwischen den Käufern und dem Schultheiß-Konzern ist auch eine Vereinbarung zum späteren Erwerb des Restes der Silesia-Beteiligung getroffen worden. Der Verkauf soll zu 75 Proz. des Nominalwertes erfolgt sein, so daß der Schultheiß-Konzern etwa 8 1/2 Millionen Mark erhalten wird.

Schuldenrückzahlung bei BMW.

Kleiner Reingewinn. — 27,5 Mill. Mark Umsatz.

Trotz der starken Abschürfung im Flugmotorenbau legt die Bayerische Motoren-Werke A.-G. einen verhältnismäßig günstigen Jahresabschluss für 1931 vor. Auch der Rückgang des Gesamtumsatzes auf 27,5 gegen 36,5 Mill. Mark im Vorjahr hielt sich in erträglichen Grenzen. Die Verringerung der Betriebsergebnisse von 7,8 auf knapp 5,9 Mill. Mark wurde durch Senkung der Kosten, Steuern und Zinsen, die mit 3,7 Mill. Mark nahezu um 30 Proz. abgebaut wurden, mehr als wettgemacht. Nach unverändert hohen Abschreibungen von 2,04 Mill. verbleibt ein kleiner Reingewinn von knapp 64 000 Mark, der sich einschließlich des Gewinnvortrages vom Vorjahr auf 747 541 Mark erhöht. Hieron werden über 641 000 Mark einem Wertberichtigungskonto überwiesen.

Von den Betrieben für die Abteilung Flugmotoren und der Kleinwagenbau erheblich unter der Krise, jedoch konnten BMW ihren vorjährigen Anteil am Automobilmarkt behaupten. Lieberwiegend gut hat sich dagegen die Motorrad-Abteilung gehalten, die nicht nur eine mengenmäßige, sondern auch eine wertmäßige Umsatzsteigerung erzielte.

Die Bilanz hat sich kräftig verflüssigt. Insbesondere konnten die hohen Bankschulden von mehr als 7 Mill. Mark bis auf 3,3 Mill. Mark zurückgezahlt werden und betragen zur Zeit wenig mehr als ein Drittel des Standes von 1929. Vorräte und Fabrikate sind gleichfalls erheblich gesenkt worden und werden nur noch mit 4,8 gegen 7,7 Mill. ausgewiesen. Die hierfür erforderlich gewordenen Sonderabschreibungen sind aus tausenden Betriebsergebnissen vorgenommen worden, ohne daß hierfür stille Reserven in Anspruch genommen wurden. Das Bilanzbild hat sich also allgemein verbessert. — Das bisherige Aktienkapital wird von 16 auf 15 Mill. verringert, da die Gesellschaft durch Käufe eigener Aktien zur Zeit rund eine Million nominal besitzt, die eingezogen werden.

4 Proz. Sarotti-Dividende.

Im Gegensatz zu ihrem großen Konkurrenzunternehmen, der durch eine verfehlte Konzernpolitik schwere Verluste erlitten hat, kann die Sarotti A.-G. in Berlin-Tempelhof auch für 1931 wieder einen günstigen Abschluß veröffentlichen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschloß in seiner Bilanzsitzung, der Generalversammlung eine Dividende von 4 Prozent vorzuschlagen. Im Vorjahr wurde eine Dividende von 7 Proz. gezahlt. Der Reingewinn beträgt bei wiederum sehr hohen Abschreibungen von mehr als 943 000 Mark rund 0,64 gegen 1,13 Millionen Mark im Vorjahr. Die Bilanz der Gesellschaft ist wieder sehr flott. Bei 2 Millionen Mark Bankguthaben und 3,4 Millionen Mark Forderungen betragen die kurzfristigen Schulden nur rund 2 Millionen Mark.

Oftersitz kündigt den Handelsvertrag mit Ungarn. Der österreichische Nationalrat beschloß, den Handelsvertrag mit Ungarn mit dem 1. April zum 1. Juli 1932 zu kündigen. Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag fallen ungesäumt angebahnt werden.

Tausenden von Hausfrauen verkündet das Radio:

Richtig wirtschaften heißt-Sanella nehmen!



Einer der praktischen Ratschläge von „Sanne und Ella“:

„Geben Sie Ihren Kindern statt teuren Brotaufstrichs und teuren Belags einfach Sanella aufs Brot, dazu frische Äpfel! Das ist gesünder, schmeckt prachttvoll und spart Geld!“

„Sanne und Ella“ haben recht — Sanella ist wirklich köstlich als Brotaufstrich — so nahrhaft und bekömmlich — ebenso wie alle Speisen, die Sie mit Sanella bereiten! Also brauchen Sie wie „Sanne und Ella“ stets Sanella — und lassen Sie sich ihre weiteren Ratschläge nicht entgehen! Verfolgen Sie sie in dieser Zeitung und im Radio — es wird Ihr Vorteil sein!



Iwan Heilbut: Abenteuer in Berlin

(Schluß)

Emil folgte ihm in die Küche, wo Frau Pfaff mit ihrem Töchterchen das Mittagsgeschicht abkochte. Das Kind stahlte Emil mit gelbem Haar und Berliner Blaugaugen an. Frau Pfaff rief aber lauten: „Run, was von Sie beiden ist nun der Dichter?“

„Ja“, sagte Henry. „Würden Sie uns eine besonders große Tasse Kaffee machen, Frau Pfaff?“

„Schön“, sagte Frau Pfaff. „Emil hat nämlich besonderen Durst, und außerdem wollen wir feiern: Emil hat Stellung! Er zieht eine Uniform an und wird Portier in einem Schauspieltheater am Kurfürstendamm. Das ist ein Posten, den sich mancher wünscht!“

„Das glaub' ich“, sagte Frau Pfaff. „Die Uniform wird Sie wohl gut zu Gesicht stehen.“

„Die Uniform“, sagte Henry, „ist Rebenkappe. Hauptkappe, Frau Pfaff. Nun können wir alle umsonst in's Kino gehen, Frau Pfaff. Sie müssen nur sagen, an welchem Abend der Woche Sie wollen.“

„Am Sonntag“, sagte Frau Pfaff sofort. „Auch die Kleine meldete sich aufgeregt zu Wort.“

„Aber etwas, wo man das Mädchen mitnehmen kann“, hat Frau Pfaff.

„Da sucht Emil schon das Richtige aus. Was, Emil — das tust du doch für Frau Pfaff?“

„Ja“, sagte Emil, „gerne.“

Die Kleine zog ihre Mutter am Rock. „Wir kommen jeden Sonntag in's Kino“, freute sich Frau Pfaff. „auf dem Kurfürstendamm.“

Emil zur Kleine: „Was möchtest du denn im Kino sehen?“

Henry zu Frau Pfaff: „Aber bis Emil im Engagement ist, wo er abendlich die Gelber, Teintgelber, bezieht, müssen wir leben, Frau Pfaff. Sie müssen uns einen Zehner leihen.“

„Am Gottes Willen, leih!“ flüsterte Frau Pfaff, und schielte über den Hut zur Tür, die zum Boden führte. „Das kann ich nicht“, sagte sie, „nein, das geht nicht.“

„Aber eine Hand wäscht doch die andere“, meinte Henry. „Wenn es nur fünf Mark wären — wir richten uns dann eben beim Essen ein.“

„Ich würde Ihnen ja gern täglich zu essen geben“, flüsterte sie, „aber das geht nicht. Mein Mann... Wenn der merkt, das Sie knapp sind, hängt er das Schild wieder raus.“

„Ich möchte es ja“, sagte Henry erleichtert. „Ihnen, Frau Pfaff, liegt daran, was zu behalten.“

„Gott... Junge Leute... Da fühlt man doch mit... Aber Sie müssen es mir sofort wiedergeben, wenn Sie erst in der Stellung sind.“

„Mit Zinsen. Und Sie legen Debesteraufenthalt, Parteit, ober Rang, wie Sie wollen.“

Als sie niederkam, schob sie sich behutsam an Henry heran, ohne die Tür zum Boden aus den Augen zu lassen. Etwas aus ihrer Hand ging in die seine hinüber. „Aber sagen Sie mir nichts meinem Mann davon...“ flüsterte sie, und drückte beide aus der Küche hinaus.

Henry und Emil zählten. Sieben Mark. „Sie tut mir leid“, sagte Emil. „Dah uns etwas dafür tun.“

sagte Henry, daß sie die nicht leid zu tun braucht. „Komm mit.“

„Wir wollen noch Geldverdient machen.“

Sie suchten. Aber der Erfolg war der, daß Henry in der Nacht wieder zu dichten ansetzte. Am nächsten Morgen erwachte Herr Pfaff um die Wochenmiete, zugleich das fällige Gehalt. Das waren zusammen neun Mark. „Einen Augenblick“, entschuldigte sich Henry und verließ die Stube. Frau Pfaff sah in der Küche und schwebte Wädrer. „Frau Pfaff“, sagte Henry, „wir möchten bezahlen.“

„Das ist schon von Ihnen“, sagte Frau Pfaff. „Worum nennen Sie es schon von uns, daß wir möchten? Wäre es nicht schöner, wenn wir auch könnten?“

„Ach ja“, sagte Frau Pfaff gehäut. „Sie werden uns gewiß auch aus dieser Notlage helfen“, nahm Henry an. „Ja, ich möchte“, sagte Frau Pfaff. „Sie haben ein gutes, echt französisches Herz.“

„Frau Pfaff“, sagte Henry, „Sie sind wichtig.“

„Rein, das ist Ernst. Mir ist schlimm genug, daß ich das neulich getan habe. Zum zweiten Male kann ich das nicht. Wenn er es erfährt, dann bin ich verloren.“

„Ich nehme es immer aus einem Kunst, das im Schlafzimmer hinterm Ofen liegt, denn wir schlafen auch Winters im kalten Zimmer.“

„Aber“, sagte Henry, „Frau Pfaff! Wie sollte Ihr Mann das erfahren, da doch wir drei allein davon wissen.“

„Sprechen Sie leise!“ sagte Frau Pfaff. „Er ist wieder im Boden“, beruhigte Henry. „Und wir drei können schweigen.“

„Halt“, sagte Henry, „so wie Hagen Zranje.“

Da hing Frau Pfaff an zu weinen. „Aber Frau Pfaff“, sagte Henry, „Sie wissen doch gut, daß Emil mit einer profigan Uniform in's Kino am Kurfürstendamm kommt und da die Arzberger bezieht.“

„Wenn das auch nur alles Kappi“, weinte Frau Pfaff immer weiter. „Es Kappi“, sagte Henry fest, „Garantie!“

„Frau Pfaff“, sagte Henry, „und was den kalten Ofen betrifft, den Sie Winters nicht heizen — da verstit' ich ganz gut, wie Ihr Mann kassuliert: In Ihrer Nähe friert es sich nicht.“

„Ach Gott, sein Sie still“, sagte Frau Pfaff, beinahe ärgerlich. „Aber mitten im Weinen mußte sie lachen. Sie schlug mit der Hand nach Henry. „Dann ließe sie so schnell und so leise als es ging, in's kalte Schlafzimmer hinüber.“

„Aber um Himmels willen! Um Himmels willen! Sagen Sie nichts meinem Mann davon!“

Von den neun Mark, die Frau Pfaff ihm gegeben hatte, gab er die Hälfte in Emils Hände. Mit dem Rest ging er in den Boden hinüber. Herr Pfaff, allein, las in der Morgenzeitung.

„Schade, daß Sie nicht rauchen“, bedauerte Henry. „Ja? Ich rauche!“

sagte Herr Pfaff. „Nanu?“ wunderte sich Henry. „Das wüßte ich nicht.“

„Aber Sie rauchen natürlich nur Zigaretten, und da kann aus dem Geschäft doch nichts werden.“

„Aus welchem Geschäft?“ erkundigte sich Herr Pfaff, und hingte den Zeitungsaufschlag an den Haken.

„Ich habe einen Posten Brasi an der Hand.“

Herr Pfaff wurde efrig. „Ach rauche Brasi, gerade Brasi.“

„Sie? Die dicken Brasi? Nanu? Ich kann Sie mir gar nicht vorstellen, Herr Pfaff, mit einer Brasi.“

„Sonntags, nachmittags, und auch zwischendurch. Die schwarzen.“

„Donnerstags“, sagte Henry und piß, „wer hätte das von Ihnen gedacht!“

Er ging stotzend in dem Boden herum, seine Hände in den Hosentaschen hielten die Rockenden vorne weg — er sah aus wie ein Obst.

Herr Pfaff dagegen stand wie ein Landsturmmann da, die Hände beinahe an der Hosennähe.

„Was ist denn das für ein Geschäft?“ fragte er.

„Es handelt sich um die dicken schwarzen Brasi“, sagte Henry und bewegte Mittel- und Zeigefinger vom Mund in die Luft und zurück, als geniesche er schon in Gedanken die Worte. „Die dicken schwarzen Brasi kann ich für neun Pfennig das Stück verkaufen.“

„Das ist wohl nicht möglich“, meinte Herr Pfaff, „die dicken Brasi sind nicht für neun Pfennig zu haben.“

„Aber ich Ihnen sage...“ sagte Henry etwas verächtlich. „Es ist eben ein ungewöhnliches Geschäft, über das man eigentlich nicht laut sprechen soll.“

„So einer sind Sie?“ jagte Herr Pfaff leise. „Wieder-

Stück wollen Sie nehmen?“ fragte Henry fest. „Sprechen Sie nicht so laut“, bot Herr Pfaff. „Wenn ich mir etwas gestalte, muß ich meiner Frau auch etwas gestatten, und wenn ich mir nichts verbiete, kann ich ihr auch nichts verbieten.“

„Wieviel haben Sie denn abzugeben?“ — „Das kommt auf Sie an“, meinte Henry. „Zu zwanzig bis dreißig Stück würde ich mich entschließen“, sagte der kleine Friseur. — „Das ist natürlich zu minimal“, sagte Henry, „mit solch lächerlich kleinen Quantitäten kann ich meinem Mann unmöglich kommen.“

„Was meinen Sie denn, wieviel er mindestens abgeben wird?“

„Unter fünfzig Stück geht es unmöglich“, entschied Henry, „mit weniger als einer Riste lohnt es sich nicht.“

Der Friseur kratzte sich auf dem Kopf. „Das wären also vier Mark und fünfzig.“

„Das ist aber weiß Gott keine Summe für fünfzig dicke Brasi“, fand Henry. — „Rein, das nicht“, sagte der Friseur, „aber ich muß das Geld aus einem Kupon nehmen, das an einem Ort vertriebt ist, wo niemand es finden kann.“

Seine Frau natürlich kennt das Versteck, und wenn sie etwas merkt, dann muß ich ihr wieder etwas erlauben.“

„Da weiß ich etwas Einfaches“, sagte Henry. „Ich bezahle Ihnen jetzt vier Mark und fünfzig von der Riste, das ist wie durch Zufall genau die Hälfte.“

Und die fünfzig dicken Brasi, die ich Ihnen liefern werde, machen die zweite Hälfte aus.“

„Wann bekomme ich denn die fünfzig Brasi?“

„Rein in dieser Woche.“

„Wenn aber meine Frau das Kupon aus dem Versteck holt und zählt, dann merkt sie, daß ich nicht genügend hineingelegt habe.“

„Rein Gott im Himmel“, sagte Henry ungeduldig, „wenn Sie solche Angst vor Ihrer Frau haben...“

„Haben Sie mal eine Frau“, sagte der Friseur. „Ich schreibe sofort an meinen Mann, und die dicken Brasi kommen Ihnen mit der Post in's Haus.“

„Aber an Ihre Adresse! Und dies alles gilt nur unter der Bedingung, daß Sie meiner Frau gegenüber nichts laut werden lassen.“

„Kein Sterbenswort, das schwöre ich beim Himmel.“

Das Geschäft war gemacht. Aber obgleich der Ruhen daran nicht klein war, wurden Henry sowohl als Emil in den folgenden Tagen zusehends magerer. Und am Freitag, als Herr Pfaff stark beschäftigt im Boden hantierte, geschah es zudem, daß sich Frau Pfaff die Anträge erlaubte, wann Emil nun seinen Posten im Kino am Kurfürstendamm bekomme.

„An dieser Woche“, antwortete Henry, und Frau Pfaff, wenn auch den Kopf eigentümlich wiegend, ging ab. Später kam aber auch der Friseur herein und stellte fest: nun wäre die Woche ja ungefähr um. — „Ja“, sagte Henry. — „Ob er noch kein Paket mit der Post erhalten habe, fragte Herr Pfaff. — „Rein“, sagte Henry. — „Der Friseur sagte indeed und habe, und dann sagt er, er wolle doch lieber die restliche Riste haben und auf die dicken Brasi verzichten.“

Das ginge nicht.

Arnold Walter: Joseph Haydn

Zu seinem zweihundertsten Geburtstag

Vängt haben wir ihn eingedrückt. Infolgest, rührig und kanonisiert, betrachtet ihn fast alle als eine Art zweiter Orgel im göttlichen Reich der Wiener Klassik (Mozart, Haydn, Beethoven), kennen seine Verdienste um Sinfonie, Quartett, Oratorium, wissen, wie er sie aus den Händen seiner Vorgänger übernahm, in welcher Veränderung, geläuterter, vollendeter Form er sie weiterzugeben vermochte (an Beethoven insbesondere); wir haben ihn mit Entwidlungsbildern überzogen, die zu ihm hin, die von ihm fort und über ihn hinweg führen, wir haben ihn — unaussprechliche Folge unserer Art geschäftlicher Zusammenfassung — in funktionaler Abhängigkeit von seiner Zeit begreifen gelernt, als notwendiges Glied in der Kette der Veränderungen, die wir (unvorsichtig gewiss) Entwicklung nennen, sozusagen als Durchgangspunkt zwischen Kraft formal und stilistischer, musikalischer und ahaemusikalischer Natur, und haben über all dem eins beinahe vergessen: die Persönlichkeit, die selbst eine (noch dazu die primäre) Kraftzentrale ist; die Persönlichkeit: das fern aller Abstraktion Ursprüngliche, das Menschliche.

Gerade bei Haydn kann es leicht geschehen. Er war Musiker wie ein Priester, der sein Licht auslöschte vor dem Altar einer strengen Gottheit; sein Leben war nichts als Voraussetzung des Schaffens, demütiger Dienst am Werk, grenzenlose Hingabe an die göttliche Gnade der Kunst, an das Wunder der Musik, die durch ihn hindurchzusinken schien wie eine fremde Gewalt, eine strahlende Kraft, ein kostbarer Inhalt, der sich eines Gefäßes bediente, heiligere Geist, der sich inaktivierte. Er lebte wie ein Baum, der um eines einzigen Frucht willen wächst und blüht und ungeheure Kräfte aus der Erde zieht. Diese scheinbare Passivität war in Wahrheit aber höchste Aktivität, das Scheinbar übermenschliche Begnadetsein zum großen Teil menschliche Leistung, Produkt eines Arbeitens, wie wenige gearbeitet haben — durch Vollkommenheit typisch gewordenen Resultat sehr individueller Art, Einfachheit, Bergweisung, Hingabe. Wegen die Konturen seines Lebens im schärferen Schatten des gewaltigen Werks kaum zu erkennen sein (wie die Meister göttlicher Doms kaum zu erraten sind, zurückgesunken in das Dunkel der Kronenmitte, aus dem sie aufgetaucht waren für die Zeit ihres Wirkens): sein Werk lebt und wird leben, solange Formen und Gesetze unseres Kulturkreises noch irgend verbindlich sein werden; an einem Tag wie heutzutage aber, da wir seiner in Dankbarkeit und Liebe gedenken, wollen wir uns dessen erinnern, daß er ein Mensch war wie wir, zu leiden und zu freuen sich, ein Mensch, der kämpfte, strebte und litt, bis ihm das Gütliche gelang, das uns froh und frei macht, wenn es erstlingt und in blaue Vergessenheit sinken läßt, was so schwer war.

Heute vor zwei Jahrhunderten erblickte Haydn in Rohrau, einem kleinen, einden Rest an der niederösterreichisch-ungarischen Grenze, das Licht, das für ihn zunächst recht trübliche Licht dieser Welt: Kind des Volkes (das heißt der Armut), Sohn eines dürftigen Handwerkers, eines unter zwölft Geschwistern, allen Demütigungen und Erniedrigungen preisgegeben und ausgeliefert, so sehr auch äußere Armut durch inneren Reichtum aufgewogen, Entbehrung in grenzenlose Hülle zauberhaft verwandelt, Demütigung durch Demut überwunden ward.

Er war kein Wunderkind wie Mozart, kein glanzvoller Virtuose wie der junge Beethoven, er hatte keine Gönner, die ihm halfen, sein Geld, um gute Lehrer zu bezahlen — er hatte nichts als sich, als sein Genie und seinen fast schon legendären Fleiß (Jahre nach hindurch arbeitete er bis achtzehn Stunden jeden Tag). Als achtjähriger ist Haydn Sängerknabe am Stefanskloster, allein in fremden Wien, allein in der fremden Welt, Einsamkeit, Verlassenheit. Stille blieben Zeit seines Lebens um ihn, der nach Jahren schweren Existenzkampfes zweiter, dann erster Kapellmeister

mehr, denn das Paket wäre ja nun bereits unterwegs, sagte Henry. — Herr Pfaff bestellte seinen Blick auf die Gurgelmasserstraße, die leergetrunken auf dem Tisch stand, er sagte noch einmal hah, dann ging er mit vorgebeugtem Kopf hinaus. Emil, der auf dem Bett lag, zog es nun vor, sich zu erheben. Ganz bestimmt hatte jetzt Herr Pfaff eine Unterredung mit Frau Pfaff in der Küche, und da konnten sie ja voneinander Neugierigkeiten erfahren — nicht wahr?

Es dauerte keine zehn Minuten, da war der Friseur wieder da. Die Tür wurde aufgeschoben, und der kleine Mann stand auf solche Weise im Rahmen, daß Henry und Emil sofort ihre Mähen auf die Ohren legten. — „Ach weite Sie durch's Fenster“, schrie der Friseur, „wenn Sie nicht —“

„Doch“, sagte Henry, „wir gehen von selber. Leben Sie wohl, Frau Pfaff, wie haben Sie alles verraten können!“

Frau Pfaff rante wie eine verdammte Seele im Flur und schloß die Töchterchen weinte mit.

„Dank!“ krächzte Herr Pfaff. „Hiergeblieden bleibt alles Gepäd!“

Auf der Straße stand Emil wie ein zitternder, junger Hund. Herr Pfaff schloß hinter ihnen die Ladenverriegelung.

Über den Abend verfluchten sie, in einem Hotel für die Nacht unterzukommen. Aber die Hotelbeamten wünschten die Kleingeld, daß die Herren die Rechnung für die erste Nacht gleich im voraus begleichen sollten. — Sie wanderten weiter, bis in die Nacht. Sie sahen auf Bänken und begannen wieder zu wandern, bis in den Morgen hinein. Emil mußte sich an einem Hausseingang setzen.

Die Straße drehte sich um ihn herum, wie auf einer Triebachnahme im Kino. Das Verpflegungproblem trat in ein kritisches Stadium. Über über die Frage, ob betteln oder fasten — in den Restaurants die Schrippen zum Mittagstisch — gerieten sie in einen Streit, der sich aus lauter Neurotizität zu einem richtigen Zweikampf auswuchs. —

Voller Wut schrie Henry: „Es ist aus! Wied! Ich kann dich nicht mehr riechen! Stich zu, wie du durchkommst!“

Und Henry stand auf, ließ den erschöpften Emil auf seiner Bank unter den Bänken liegen, und ging durch die Friedrichstraße in's Zeitungsviertel. Er ließ sich die letzten Nummern der Zeitung zeigen. O Wunder! Da stand sein Name in fetter Schrift: In der Frauenbellage war sein Gesicht gedrückt. „Mein Gesicht!“ rief Henry. Es gelang ihm, den Redakteur persönlich zu sprechen, und da der Redakteur ein menschlicher Mensch war, sagte er es nach einem oedentischen Kampf beim Koffizier durch, daß dem Autor das Honorar auf der Stelle ausgezahlt wurde. Mehr noch, einen weiteren Beitrag, den Henry aus seiner Brusttasche gezogen hatte, nahm er — nachdem er in Henrys mageres Gesicht und in seine von Hoffnung erweiterten Augen kurz hineingeblickt hatte — gleichfalls an und veranlaßte dazu die Auszahlung auch dieses Geldes. —

Raus zu Emil! Schrie er in Henry. Jeder Groß in ihm war geschwunden. Mit dem Geld in der geballten Hand jagte er die Friedrichstraße hinunter. Er fand ihn auf der Bank unter den Bänken, wie er ihn verlassen hatte.

„Ich hab' Geld, Emil! Wir können zurück! Wir brauchen nicht zu betteln, nicht zu verhungern!“

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat. Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

Das Geld reichte nicht für die Fahrtkosten bis in ihre Heimat.

Was tat das. Sie schrieben Postkarten an ihre Eltern: „Wir kommen —“, und ob Thüringen tippelten sie durch den Frühling nach Haus.

50 JAHRE

HERMANN



DER GRÖSSTE WARENHAUSKONZERN
EUROPAS IM EIGENBESITZ



MORGEN BEGINNT DER GROSSE JUBILÄUMS

Heute Vorverkauf

VERKAUF

Heute Vorverkauf